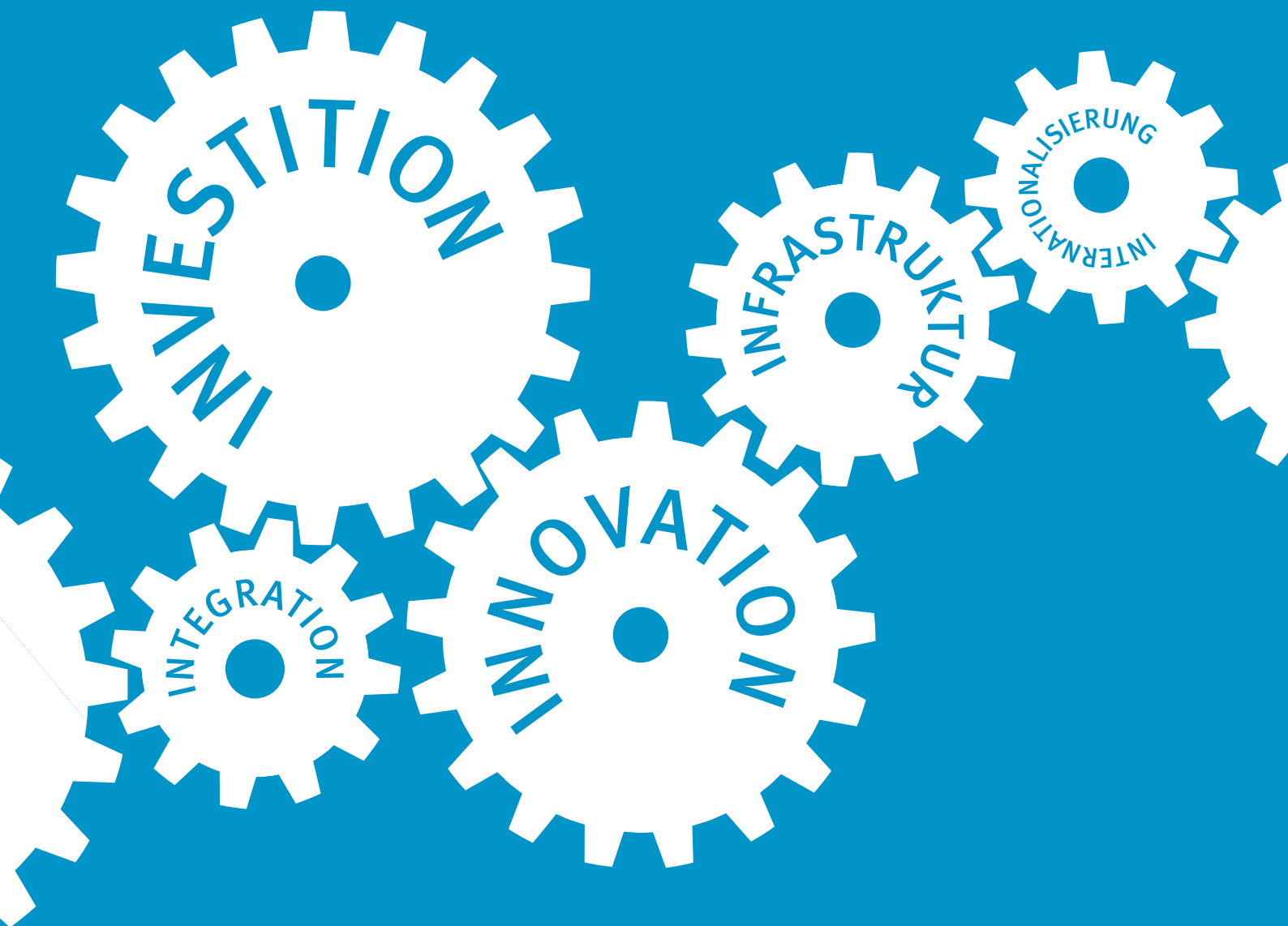


# Thüringen – hier wird Zukunft gefördert.

Die Förderpolitik des TMWAT – Analyse der Förderinstrumente.







## Einleitung

Die Wirtschafts- und die Arbeitsmarktförderung des Freistaates stehen vor vielfältigen Herausforderungen. Die nächste Strukturfondsperiode wird neben einer deutlichen Budgetreduzierung auch zu einer Einschränkung von Fördertatbeständen führen und damit eine Konzentration der Förderung auf weniger Schwerpunkte als bisher erfordern. Außerdem muss das Förderinstrumentarium nach den Halbzeitevaluierungen für den Rest der laufenden Förderperiode aktualisiert werden.

Notwendige Voraussetzung für eine Überarbeitung des Förderinstrumentariums ist eine systematische Analyse der bestehenden Förderprogramme. Dabei ist stets die Frage zu beantworten, ob die mit den Programmen verfolgten Förderziele nach wie vor erreicht werden. Nur wenn beides – die Fördernotwendigkeiten und die Fördermöglichkeiten – in die Analyse

einbezogen wird, lässt sich ein geeignetes Förderkonzept mit gezielten und transparenten Förderinstrumenten erstellen.

Um eine Grundlage für die weitere Diskussion über die Förderprogramme des TMWAT zu schaffen, haben die Fachabteilungen des Hauses ihre Programme einer kritischen Analyse unterzogen. Die bestehenden Förderangebote werden in den nachfolgenden Kapiteln „Investition“, „Innovation“, „Infrastruktur“, „Internationalisierung“ und „Integration“ vorgestellt. Dabei werden für die einzelnen Förderinstrumente auch die in der aktuellen Strukturfondsperiode bewilligten Mittel aufgeführt.

Das vorliegende Papier soll – soweit noch nicht geschehen – um Vorschläge zur Weiterentwicklung der Förderinstrumente für die laufende Förderperiode

ergänzt werden. Der zentrale Novellierungsschritt – die Neustrukturierung der Förderprogramme für die nächste Strukturfondsperiode – kann indes erst erfolgen, wenn über die weiteren finanziellen und inhaltlichen Rahmenbedingungen Klarheit besteht.

Einstweilen gilt es, die Förderprogramme für die laufende Förderperiode so effektiv wie möglich zu gestalten. Hierzu ist das Förderinstrumentarium mehr noch als bisher auf die Bewältigung der strukturellen Probleme der Thüringer Wirtschaft auszurichten.

Matthias Machnig  
Thüringer Minister für  
Wirtschaft, Arbeit und Technologie

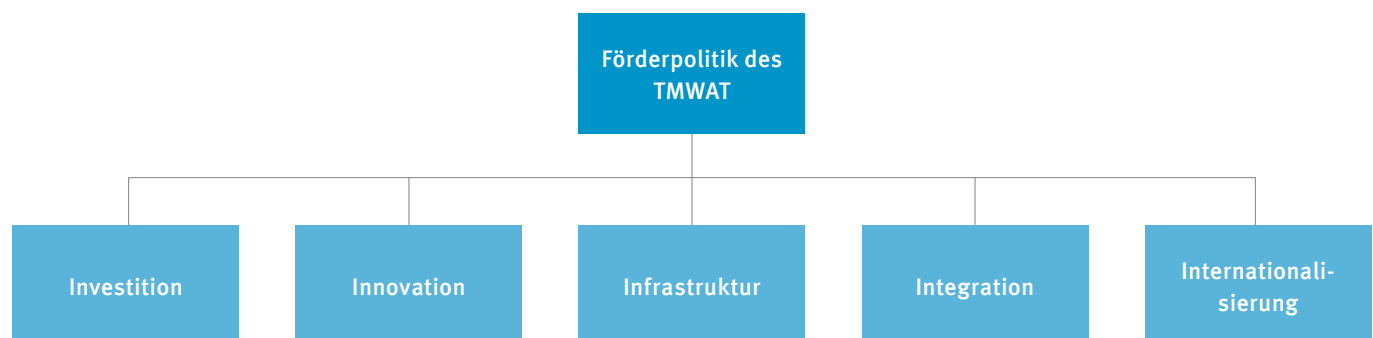


Abbildung 1: Förderpolitik des TMWAT

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b>	<b>3</b>
<b>1 Investition: Investitionsförderung des TMWAT</b>	<b>7</b>
1.1 Einzelbetriebliche Investitionszuschüsse im Rahmen der GRW	9
1.2 Investitionszuschüsse im Rahmen von Thüringen-Invest	10
1.3 Darlehensprogramme	11
1.4 Bürgschaftsprogramme	13
1.5 Beteiligungsfonds	14
1.6 Beratungsförderung	15
<b>2 Innovation: Innovationsförderung des TMWAT</b>	<b>17</b>
2.1 Einzelbetriebliche Technologieförderung	18
2.2 Verbundförderung	20
2.3 Förderung von Personal in Forschung und Entwicklung	22
2.4 Förderung von Technologiescouts	23
2.5 Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen in KMU	24
<b>3 Infrastruktur: Infrastrukturförderung des TMWAT</b>	<b>25</b>
3.1 Generelle Handlungserfordernisse für die künftige Infrastrukturentwicklung	26
3.2 Entwicklung und Förderung von Industrie- und Gewerbeflächen als Kern der wirtschaftsnahen Infrastruktur	28
3.3 Breitbandförderung	30
3.4 Tourismusförderung	31
3.5 Förderung von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten	33
3.6 Förderung der Technologieinfrastruktur	34
3.7 Förderung des Ausbaus der erneuerbaren Energien (1000-Dächer-Photovoltaik-Programm)	35
3.8 Beratungsangebote des TMWAT	36



<b>4</b>	<b>Internationalisierung: Außenwirtschaftsförderung des TMWAT</b>	<b>37</b>
4.1	Grundlagen der Außenwirtschaftsförderung	38
4.2	Außenwirtschaftsförderung in Thüringen	39
<b>5</b>	<b>Integration: Arbeitsmarkt- und Berufsbildungsförderung des TMWAT</b>	<b>41</b>
5.1	Einleitung	42
5.2	Förderung der beruflichen und sozialen Integration von Arbeitslosen	44
5.3	Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung von Arbeitslosen	47
5.4	Existenzgründerförderung aus der Arbeitslosigkeit	49
5.5	Förderung praxisnaher Berufsorientierung und -vorbereitung	50
5.6	Förderung der beruflichen Erstausbildung	51
5.7	Förderung der beruflichen Weiterbildung	52
5.8	Förderung von Berufs- und Weiterbildungsmessen	54
5.9	Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung – ThAFF	55
5.10	Fazit integrative Arbeitsmarktpolitik	56
	<b>Fazit und weiteres Vorgehen</b>	<b>58</b>

## Abkürzungsverzeichnis

<b>BBT</b>	Bürgschaftsbank Thüringen	<b>PPP</b>	Public-private-Partnership
<b>bm-t</b>	beteiligungsmanagement thüringen GmbH	<b>PV</b>	Photovoltaik
<b>EFRE</b>	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung	<b>SGB</b>	Sozialgesetzbuch
<b>ESF</b>	Europäischer Sozialfonds	<b>STIFT</b>	Stiftung für Technologie und Forschung Thüringen
<b>ESZ</b>	Einstellungszuschüsse	<b>StUWT</b>	Stiftung für Unternehmensbeteiligungen und -förderungen in der gewerblichen Wirtschaft Thüringens
<b>EU</b>	Europäische Union	<b>TAB</b>	Thüringer Aufbaubank
<b>FhG</b>	Fraunhofer Gesellschaft	<b>ThAFF</b>	Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung
<b>FhG-IKTS</b>	Fraunhofer Gesellschaft – Institut für keramische Technologien und Systeme	<b>ThAK</b>	Thüringer Agentur für die Kreativwirtschaft
<b>FuE</b>	Forschung und Entwicklung	<b>ThEGA</b>	Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur
<b>FuEuI</b>	Forschung, Entwicklung und Innovation (Gemeinschaftsrahmen)	<b>ThGF</b>	Thüringer Gründerfonds
<b>GAK</b>	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	<b>ThGI</b>	Thüringer Gründerinitiative für innovative und technologieorientierte Unternehmen
<b>GEFRA</b>	Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen GbR	<b>ThIMo</b>	Thüringer Innovationszentrum Mobilität
<b>GFAW</b>	Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung des Freistaates Thüringen	<b>ThüBAN</b>	Thüringer Business Angels Netzwerk
<b>GRW</b>	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	<b>ThürInG</b>	Thüringer Netzwerk für Innovative Gründungen
<b>GuW</b>	Gründungs- und Wachstumsfinanzierung	<b>TIB</b>	Thüringer Industriebeteiligungs GmbH & Co. KG
<b>GWT</b>	Beratungsnetzwerk „Gründen und Wachsen in Thüringen“	<b>TI-Fonds</b>	Thüringer Innovationsfonds
<b>HITK</b>	Hermisdorfer Institut für technische Keramik	<b>TIZIAN</b>	Thüringer Initiative zur Integration und Armutsbekämpfung – Nachhaltigkeit
<b>HWK</b>	Handwerkskammer	<b>TMBWK</b>	Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
<b>IHK</b>	Industrie- und Handelskammer	<b>TMLFUN</b>	Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz
<b>KfW</b>	Kreditanstalt für Wiederaufbau	<b>TMSFG</b>	Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit
<b>KMU</b>	Kleine und mittlere Unternehmen	<b>TMWAT</b>	Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie
<b>LAP</b>	Landesarbeitsmarktprogramm	<b>VCT</b>	Venture Capital Thüringen
<b>LEG</b>	Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen mbH	<b>WGL</b>	Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V.
<b>LKZ</b>	Lohnkostenzuschüsse	<b>WGT</b>	Westgruppe der russischen Truppen
<b>MBI</b>	Management-Buy-in	<b>ZIM</b>	Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand
<b>MBO</b>	Management-Buy-out		
<b>OP</b>	Operationelles Programm		
<b>PET I</b>	Private Equity Thüringen I		
<b>PET II</b>	Private Equity Thüringen II		

# Investition: Investitionsförderung des TMWAT



1

## 1 Investition: Investitionsförderung des TMWAT



Die Investitionsförderung ist das zentrale Element staatlicher Wirtschaftsförderung in den neuen Ländern. Die Förderung, bspw. im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW), wurde bislang überwiegend in Form von Zuschüssen gewährt. Empirische Studien belegen, dass mit der Zuschussförderung Investitionen in erheblichem Umfang induziert worden sind.<sup>1</sup> Weiterhin konnte gezeigt werden, dass die mit den geförderten Investitionen einhergehende Schaffung von Arbeitsplätzen auch zu einem signifikanten Anstieg des Lohnniveaus geführt hat.<sup>2</sup>

Zuschussprogramme haben den Vorteil, dass sie durch ihren eigenkapitalstärkenden Charakter die Kapitalstruktur des geförderten Unternehmens verbessern. Oder anders gewendet: Zuschüsse senken die Kapitalkosten von Investitionsprojekten und machen für viele Unternehmen die Anschaffung der von ihnen benötigten Anlagen überhaupt erst

möglich. Vom Freistaat werden Thüringer Betrieben Investitionszuschüsse im Rahmen der GRW sowie mit dem Programm „Thüringen-Invest“ angeboten. In der laufenden Strukturfondsperiode<sup>3</sup> wurden bislang (2007–2010) im Rahmen dieser zwei Programme<sup>4</sup> Zuschüsse in Höhe von knapp 650 Mio. Euro gewährt.

Neben den Investitionszuschüssen stehen weitere Instrumente zur Verbesserung der Finanzausstattung von Unternehmen zur Verfügung, die sogar ein breiteres Förderspektrum als Zuschussprogramme abdecken. Im Einzelnen handelt es sich dabei um öffentlich geförderte Darlehen, Bürgschaften und Beteiligungen.

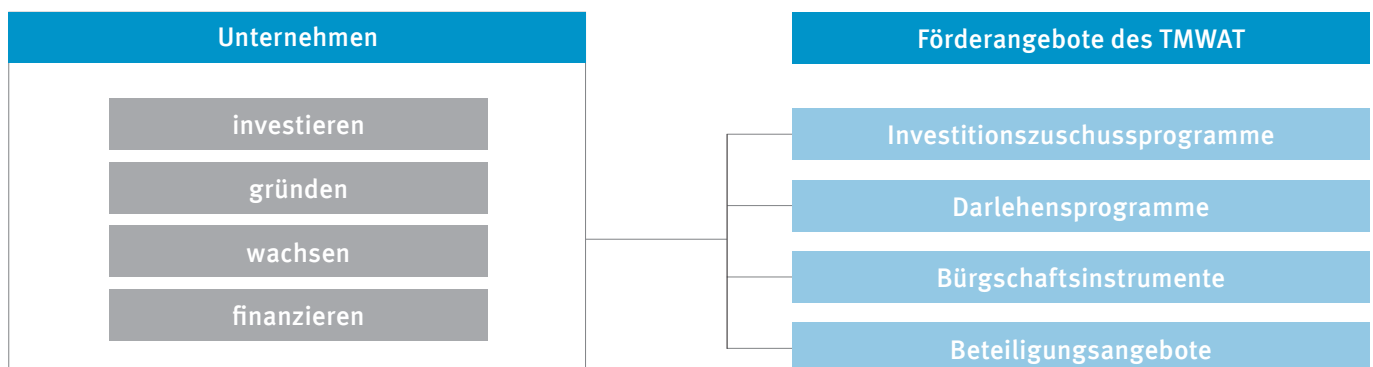
Zwar steht auch bei diesen Instrumenten die Investitionsfinanzierung im Vordergrund. Bürgschaften und in besonderen Fällen auch Darlehen können darüber hinaus aber auch zur Betriebsmittelfinanzierung eingesetzt werden.

Die Bürgschafts-, Darlehens- und Beteiligungsinstrumente wurden in Thüringen in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. So wurde u. a. das Darlehensangebot um revolving Darlehensfonds unter Einsatz von EFRE-Mitteln erweitert.

Wie in der Koalitionsvereinbarung niedergelegt, dürfte das Gewicht der Investitionszuschussförderung zukünftig abnehmen, während Bürgschaften und Förderdarlehen an Bedeutung gewinnen werden. Zudem haben Förderdarlehen angesichts gestiegener Liquiditätsanforderungen zur Absicherung ihres Fremdkapitalgeschäftes auch für die durchleitenden Hausbanken an Attraktivität gewonnen.

Die in diesem Kapitel beschriebenen Förderprogramme werden durch Beratungsangebote und -maßnahmen des TMWAT flankiert. Diese Angebote werden im letzten Abschnitt des Kapitels vorgestellt.

Abbildung 2: Nachfrage und Angebote der Investitionsförderung in Thüringen



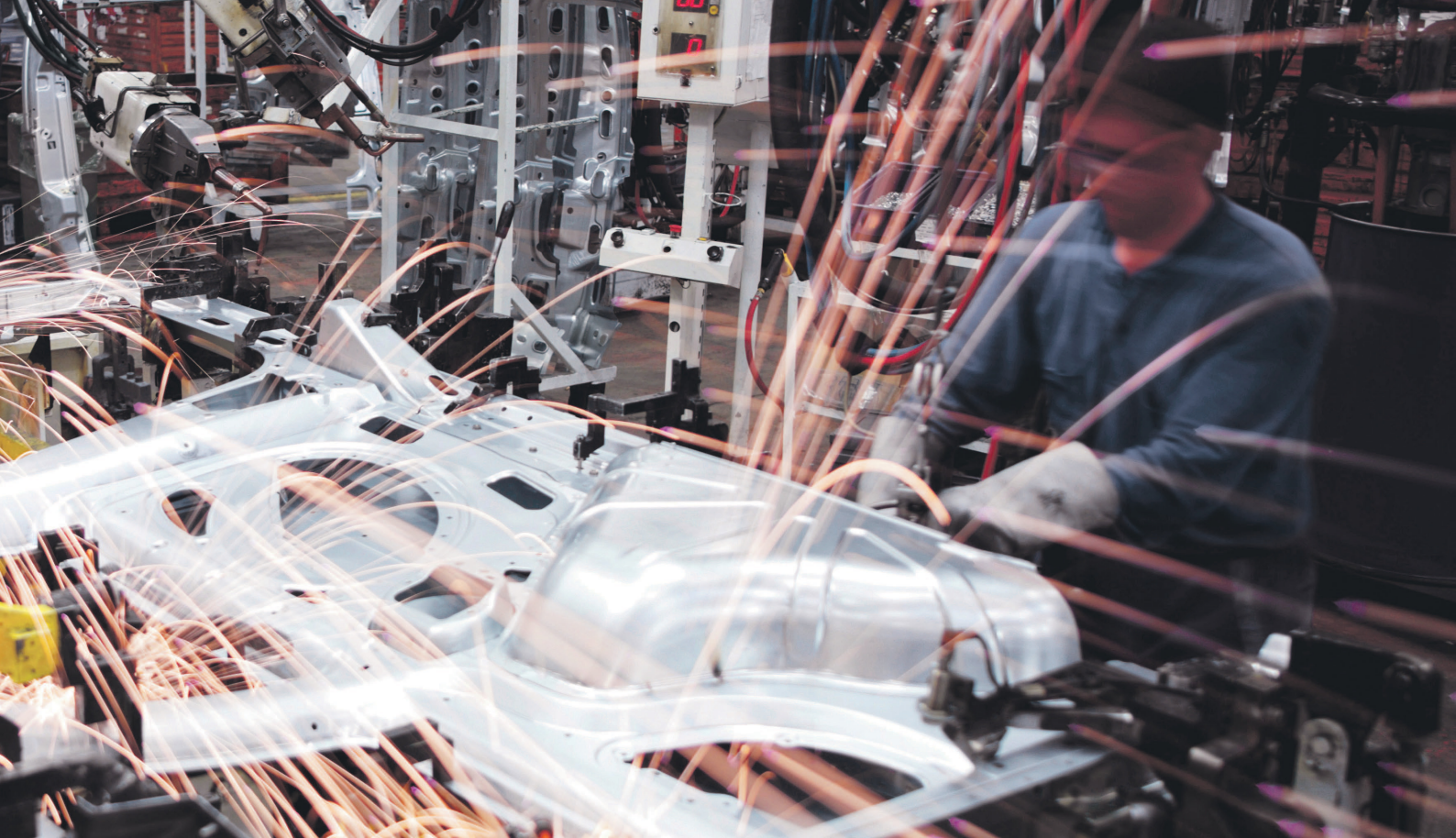
<sup>1</sup> Vgl. hierzu bspw. Lehmann, H., und Stierwald, A., (2004) „Investitionsförderung in Ostdeutschland – Ergebnisse einer empirischen Wirkungsanalyse“, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 5/2004, S. 122–128.

<sup>2</sup> Vgl. Bade, F.-J., und Alm, B., (2010) „Evaluierung der Gemeinschaftsaufgabe ‚Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur‘ durch einzelbetriebliche

Erfolgskontrolle für den Förderzeitraum 1999–2008 und Schaffung eines Systems für ein gleitendes Monitoring“, Endbericht des Gutachtens im Auftrag des BMWi.

<sup>3</sup> 2007 bis 2013.

<sup>4</sup> Inklusive der Förderung im Rahmen des Vorgängerprogramms von Thüringen-Invest, des Landesinvestitionsprogramms, im Jahr 2007.



## 1.1 Einzelbetriebliche Investitionszuschüsse im Rahmen der GRW



Die einzelbetriebliche Förderung im Rahmen der GRW ist das bedeutendste Instrument zur Förderung betrieblicher Investitionen in den neuen Ländern. In der aktuellen Strukturfondsförderperiode wurden im Rahmen der einzelbetrieblichen GRW-Förderung 1.260 Investitionsprojekte mit Zuschüssen in Höhe von insgesamt rd. 625 Mio. Euro bewilligt.

Die Entwicklung des Bewilligungsvolumens spiegelt das Investitionsverhalten der Unternehmen und damit den zyklischen Konjunkturverlauf – wenn auch mit leichter zeitlicher Verzögerung – wider. So sank die Höhe der bewilligten Zuschüsse im Jahr 2010 um über 20%. Die konjunkturelle Erholung nach der Wirtschaftskrise hat sich wiederum in einem spürbaren Anstieg der Antrags-eingänge seit dem zweiten Quartal des Jahres 2010 niedergeschlagen<sup>5</sup> mit der Folge, dass nicht mehr alle förderfähigen Anträge bewilligt werden konnten.

Für eine Investitionsförderung im Rahmen der GRW sind Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft antragsberechtigt, die ihre Produkte und Leistungen überregional absetzen. Das Investitionsvolumen muss sich auf mindestens 100.000 Euro belaufen. Gefördert werden Investitionen für Errichtungen, Erweiterungen, Diversifizierungen und grundlegende Änderungen des Produktionsverfahrens. Errichtungsinvestitionen können mit dem jeweiligen Höchstfördersatz unterstützt werden. Für die übrigen Investitionen wird eine Basisförderung von 15 % der förderfähigen Investitionssumme bei großen Unternehmen und 20 % bei KMU zzgl. möglicher Zuschläge in Höhe von maximal 15 Prozentpunkten angeboten.

Für das Jahr 2011 standen für Neubewilligungen in der GRW, einschließlich EFRE, Mittel in Höhe von rund 160 Mio. Euro zur Verfügung. Angesichts der

überstandenen Konjunkturkrise und des mit der Investitionsausweitung einhergehenden Anstiegs der Antrags-eingänge wurde diese Summe durch das Vorziehen von EFRE-Mitteln und die Verwendung von Rückflüssen auf 250 Mio. Euro aufgestockt. Die im Zuge der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise angebotenen günstigeren Förderkonditionen wurden zum 1. April 2011 z. T. wieder zurückgenommen. Mit Wirkung vom 1. Januar 2012 ist darüber hinaus eine neue GRW-Richtlinie in Kraft getreten, die den wieder angestiegenen Investitionsaktivitäten der Thüringer Wirtschaft Rechnung trägt.

Im Einzelnen sind in der Richtlinie des Freistaates Thüringen für die Gewährung von Zuwendungen aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, Teil I (Gewerbliche Wirtschaft), mit Wirkung vom 1. Januar 2012 v. a. folgende Änderungen vorgenommen worden:

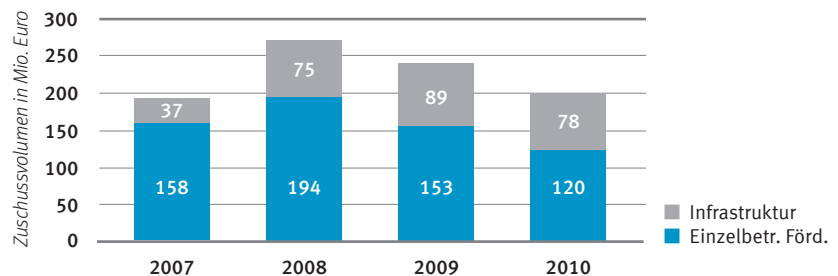
<sup>5</sup> Allein im Zeitraum Januar bis März 2011 sind 85 Anträge mit einem beantragten Zuschussvolumen von 58,2 Mio. Euro eingegangen.



- › Absenkung der Basisförderung auf 12,5 % für KMU und 10 % für große Unternehmen
- › Vereinfachung des Zuschlagssystems (drei Zuschlagskriterien: Beschäftigung, Innovation, Unternehmen) und Anhebung der Zuschläge auf jeweils fünf Prozentpunkte
- › Beschränkung wiederholter Förderung auf Förderfälle, für die im Rahmen des Zuschlagssystems mindestens ein Zuschlag gewährt werden kann
- › Förderausschluss bestimmter Branchen (bspw. logistische Dienstleistungen)
- › für eine gerechte Mittelbewirtschaftung: Festlegung, dass Mittelabrufe nur bis zum 30. September des laufenden Jahres möglich sind; Einführung eines Reportingsystems zum Projektfortschritt und zur Mittelinanspruchnahme.

Neben den konjunkturbedingt angestiegenen Investitionen der Unternehmen erhöht das stufenweise Absenken der Fördersätze der im Jahre 2013 auslaufenden Investitionszulage die Nachfrage nach Mitteln aus der einzelbetrieblichen GRW zusätzlich. Eine Kompensation der

Abbildung 3: Zuschussvolumen im Rahmen der GRW-Förderung



Investitionszulage durch GRW-Zuschüsse ist indes nicht möglich. Im Gegenteil: Der anhaltende Überhang der Nachfrage nach Investitionszuschüssen erfordert eine noch stärkere Konzentration der GRW-Mittel auf strukturellpolitisch wichtige Investitionsprojekte.

Wenngleich in der Mittelstandsförderung Kontinuität herrschen sollte, damit die Unternehmen Planungssicherheit haben, müssen Förderbank und Wirtschaftsministerium angesichts begrenzt zur Verfügung stehender Haushaltsmittel auf Änderungen im Investitionsverhalten und damit Änderungen bei der Nachfrage nach Fördermitteln reagieren. Insofern war die Novellierung der GRW-Richtlinie zum 1. Januar 2012 unausweichlich. Im Rahmen dieser GRW-Richtlinien-Ände-

rung sind auch Intentionen des Trendatlas sowie Handlungsempfehlungen der GRW-Evaluierung und der EFRE-Halbevaluierung berücksichtigt worden.

### Umsetzungsschritte:

wesentliche Änderungen der GRW-Richtlinie (einzelbetrieblicher Förderung):

- › Absenkung der Basisförderung
- › Vereinfachung des Zuschlagssystems
- › Einschränkung wiederholter Förderung
- › Förderausschluss bestimmter Branchen (bspw. logistische Dienstleistungen)
- › Einführung eines Reportingsystems zum Projektfortschritt und zur Mittelinanspruchnahme, Einführung einer Endfrist für die Mittelinanspruchnahme

## 1.2 Investitionszuschüsse im Rahmen von Thüringen-Invest



Thüringen-Invest ist ein Investitionsförderangebot an KMU, die im Rahmen der einzelbetrieblichen GRW nicht gefördert werden können.

Mit Thüringen-Invest werden Investitionsprojekte gefördert, die mit der Schaffung eines Ausbildungsplatzes oder eines Arbeitsplatzes einhergehen oder im

Zusammenhang mit der Gründung eines Unternehmens in Angriff genommen werden. Die Zuwendungsempfänger können einen Zuschuss in Höhe von 20 % der förderfähigen Investitionssumme (max. 20.000 Euro) und zusätzlich ein Darlehen aus einem revolving Fonds erhalten.<sup>6</sup> Jährlich werden rund 400 Förderanträge

bewilligt, die sich relativ gleichmäßig auf die drei genannten Förderschwerpunkte verteilen. Für das Programm werden Zuschüsse aus EFRE- und Landesmitteln in Höhe von insgesamt rund fünf Mio. Euro pro Jahr bereitgestellt. Auch im Bereich von Thüringen-Invest ist ein Antragszuwachs aufgrund der gestiegenen Investitionsneigung zu verzeichnen.

<sup>6</sup> Siehe hierfür Abschnitt 1.3 „Darlehensprogramme“

Das Programm „Thüringen-Invest“ ist von besonderem Interesse für das Thüringer Handwerk. Die Handwerkskammern setzten sich in den vergangenen Jahren wiederholt für eine weitere Öffnung des Programms für zusätzliche Handwerkszweige ein. Allerdings überstieg bereits das von den Unternehmen aus den förderfähigen Branchen in den vergangenen Jahren nachgefragte Fördervolumen die zur Verfügung stehenden Mittel, so dass Bewilligungen in das darauffolgende Jahr verschoben werden mussten. Auch im Jahr 2011 übertraf die Nachfrage das vorhandene Bewilligungsvolumen.

Aufgrund veränderter Rahmenbedingun-

gen ist eine Weiterentwicklung des Programms „Thüringen-Invest“ angezeigt. So stellt sich etwa die Frage, ob angesichts der Tatsache, dass das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen die Anzahl der Bewerber übersteigt, weiterhin die Schaffung von Ausbildungsplätzen prioritär gefördert werden sollte. Mögliche Handlungsfelder wären neben der weiterhin notwendigen Fokussierung auf die Schwerpunkte „Existenzgründungen“ und „Schaffung von Arbeitsplätzen“ auch eine intensivere Förderung von Investitionen in Zukunftsbranchen, wie beispielsweise der Kultur- bzw. Kreativwirtschaft. Insgesamt soll das Programm moderner ausgestaltet werden. Das kann auch bedeuten, dass Weiter-

bildungsmaßnahmen für das vorhandene Personal, die mit der Investition unmittelbar in Verbindung stehen, stärker gewürdigt werden.

#### Umsetzungsschritte:

Die Richtlinie zum Förderprogramm Thüringen-Invest soll neu gefasst werden und folgende Punkte berücksichtigen:

- › Streichung des Förderschwerpunkts „Schaffung von Ausbildungsplätzen“
- › Intensivierung der Förderung von Investitionen in Zukunftsbranchen
- › Ausrichtung des Programms auf aktuelle wirtschaftspolitische Herausforderungen

## 1.3 Darlehensprogramme



Eine Förderung von Unternehmen mit Darlehen erfolgt mittels zinsgünstiger Fondsdarlehen oder zinsverbilligter Refinanzierungsdarlehen. Die Darlehensprogramme können neben der Investitionsfinanzierung auch weiteren Förderatbeständen, wie z. B. Betriebsmittelfinanzierungen und der Finanzierung von Nachfolgeregelungen, dienen.

Die zurückliegende Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hat gezeigt, dass Maßnahmen zur Sicherung der Kreditversorgung der Unternehmen auch einen wirksamen Beitrag zum Erhalt wettbewerbsfähiger Unternehmen und damit von Arbeitsplätzen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten leisten können. Das traf insbesondere auch auf das vom Freistaat initiierte Programm „Liquiditätshilfen für Unternehmen in Thüringen“ zu.

Zur Ausweitung des öffentlich geförderten Darlehensangebotes in Thüringen

wurden mit der Aufstellung des Operationellen Programms zum EFRE für die aktuelle Strukturfondsförderperiode zwei EFRE-finanzierte, revolving Darlehensfonds („Thüringen-Invest“ und „Thüringen-Dynamik“) mit einem Gesamtvolumen von 145 Mio. Euro auf den Weg gebracht. Der Vorteil der revolving Darlehensfonds besteht darin, dass Rückflüsse – auch über die Strukturfondsförderperiode hinaus – wieder für die Mittelstandsförderung eingesetzt werden dürfen.

Mit dem 2010 aufgelegten Programm „Thüringen-Dynamik“ gewährt die TAB den Thüringer Unternehmen über die Hausbanken Weiterleitungsdarlehen für Investitionszwecke. Insgesamt stehen hierfür 120 Mio. Euro, bestehend aus EFRE-Mitteln und einer Kofinanzierung aus Landesmitteln, zur Verfügung. Mit dem Fonds wird das Ziel verfolgt, kleinen und mittleren Unternehmen Darlehen

zur Finanzierung von Investitionen sowie von Betriebsmitteln, sofern es sich um die Einrichtung eines im direkten Zusammenhang mit der Investition stehenden ersten Material- und Warenlagers handelt, zur Verfügung zu stellen.

Die Inanspruchnahme von Förderangeboten wird auch von der Bekanntheit der Maßnahmen bei den Unternehmen mitbestimmt. So nahmen nach dem Start des Programms „Thüringen-Dynamik“ im zweiten Halbjahr des Jahres 2010 lediglich neun Unternehmen Thüringen-Dynamik-Darlehen in Höhe von insgesamt 2,9 Mio. Euro in Anspruch. Demgegenüber wurden bis Ende 2011 bereits Darlehensanträge in Höhe von rd. 35 Mio. Euro bewilligt. Angesichts der angelaufenen Marketingkampagne zur weiteren Steigerung des Bekanntheitsgrades der Maßnahme ist von einer vollständigen Ausschöpfung des Fonds bis zum Ende der Strukturfondsförderperiode auszugehen.

Mit dem Programm „Thüringen-Invest“ bietet der Freistaat kleineren, regional tätigen Unternehmen, die nicht GRW-förderfähig sind, mit der Möglichkeit der Kombination eines Zuschusses mit einem Darlehen ein attraktives Förderinstrument für die Investitionsfinanzierung an. Zudem sind die Darlehen bei günstigen Zinssätzen mit einer 50%igen Haftungs-freistellung verbunden, was insbesondere kleineren Unternehmen, die aufgrund fehlender Sicherheiten ansonsten Schwierigkeiten hätten, ein Darlehen zu erhalten, Investitionen erleichtert. Das Fondsvolumen zur Darlehensvergabe beträgt 25 Mio. Euro. Da bis Ende 2011 bereits Darlehenszusagen mit einem Gesamtvolumen von über 21,5 Mio. Euro erfolgt sind, ist davon auszugehen, dass die Fondsmittel bis zum Ende der laufenden Förderperiode vollständig ausgereicht sind. Aufgrund von Unterschieden bei den Zielgruppen, den Darlehensverwendungsmöglichkeiten, den Förderkonditionen sowie dem Antragsverfahren kommen in der Förderpraxis Überschneidungen zwischen den Programmen „Thüringen-Dynamik“ und „Thüringen-Invest“ kaum vor.

Wegen der in den Programmen eingesetzten EFRE-Mittel können bestimmte Tatbestände, wie bspw. Betriebsmittelfinanzierungen<sup>7</sup> und – damit verbunden – die Finanzierung von Nachfolgeregelungen, nicht gefördert werden. Daher wurde das Förderinstrumentarium durch das Programm „GuW-Plus 2011“ ergänzt. Allerdings ist der Fördereffekt dieses Programms vor dem Hintergrund des derzeit niedrigen Zinsniveaus und eines entsprechenden KfW-Angebotes eher gering. Daher ist das Programm, das

2012 noch fortgeführt werden soll, auf den Prüfstand zu stellen.

Banken sind an der Bereitstellung von Kleinstdarlehen häufig nicht interessiert. Deshalb wurde mit dem Mikrokreditprogramm Thüringen ein Darlehensangebot insbesondere für Existenzgründer und Kleinstunternehmen geschaffen. Die Mikrofinanzagentur Thüringen vermittelt bei diesem Programm Darlehen bis 20.000 Euro. Seit dem Programmstart im Jahre 2010 wurden 89 Direktarlehen mit einem Volumen von insgesamt 531.800 Euro vergeben.

Zur Stärkung der Eigenkapitalbasis werden den Thüringer Unternehmen mit dem Programm „Thüringen-Kapital“ Hilfen in Form von Nachrangdarlehen angeboten. In der zurückliegenden Finanzmarkt- und Konjunkturkrise stieg die Nachfrage nach den Nachrangdarlehen deutlich an. In wirtschaftlich normalen Zeiten ist „Thüringen-Kapital“ indes ein Nischenprodukt. Gleichwohl stellt das Angebot von Nachrangdarlehen einen wichtigen Fördertatbestand dar. Mit dem Programm wurden in den Jahren 2007 bis 2011 insgesamt 60 Unternehmen mit Darlehen von insgesamt 10,25 Mio. Euro unterstützt.

Mit dem Konsolidierungsfonds verfügt der Freistaat schließlich über ein Programm zur Vergabe von Umstrukturierungsdarlehen an kleine und mittlere Unternehmen in Schwierigkeiten. Die antizyklische Inanspruchnahme dieses Programms zeigte sich durch eine Verdreifachung des bewilligten Darlehensvolumens im Krisenjahr 2009 auf insgesamt 4,6 Mio. Euro.

Mit der wirtschaftlichen Erholung sank die Nachfrage nach Hilfen aus dem Konsolidierungsfonds wieder deutlich. Daher ist zu erwarten, dass bei einer weiteren positiven wirtschaftlichen Entwicklung die Finanzierung des Programms durch vorhandene Mittel und Tilgungen bis zum Ende der EU-Genehmigung sichergestellt werden kann. Aufgrund der Umsetzung des Landtagsbeschlusses vom 26. Januar 2011 (Drucksache 5/2236) können aus dem Fonds auch Rettungsbeihilfen an Insolvenzverwalter vergeben werden. Weitergehende inhaltliche Abänderungen des Programms, bspw. eine Ausweitung auf zusätzliche Branchen, machten indes eine erneute Notifizierung durch die EU-Kommission notwendig. Wegen des ungewissen Ausgangs eines solchen Verfahrens sollte von Änderungen des Programms abgesehen werden.

### Umsetzungsschritte:

- › Überprüfung der Aufrechterhaltung des Programms GuW-Plus (analog zum Programm 2011)
- › Vermeidung von Überschneidungen mit Bundesprogrammen

<sup>7</sup> Ausnahme: Mit Thüringen-Dynamik-Darlehen kann ein erstes Material- und Warenlager gefördert werden, sofern es in unmittelbarem Zusammenhang mit der geförderten Investition steht.





## 1.4 Bürgschaftsprogramme

Eine staatliche Bürgschaft senkt das Risiko und damit die Eigenkapitalbelastung der Kreditinstitute im Falle eines Darlehensausfalls. Dadurch werden die Banken in die Lage versetzt, Unternehmen, deren schlechte Bonität eine Kreditvergabe verhindert oder nur mit hohen Risikoaufschlägen ermöglicht hätte, Darlehen zu attraktiven Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen. Bürgschaftsprogramme haben sich in der zurückliegenden Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, in der die Banken ihre Anforderungen an Sicherheiten deutlich erhöht hatten, als konjunkturstabilisierende Instrumente bewährt. So konnten im Krisenjahr 2009 durch die Bürgschaftsprogramme des Freistaates Darlehen mit einem Volumen von insgesamt mehr als 100 Mio. Euro für über 320 Thüringer Unternehmen abgesichert werden. Im Jahr 2010 war auf Grund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung

eine rückläufige Inanspruchnahme von Bürgschaften zu verzeichnen. Der Bürgschaftsrahmen für die gewerbliche Wirtschaft umfasst in Thüringen derzeit 400 Mio. Euro. Die Zuständigkeit für den Vollzug der Bürgschaftsprogramme ist nach der Höhe der Bürgschaftsbeträge auf die drei Institutionen Bürgschaftsbank Thüringen (BBT), TAB und PricewaterhouseCoopers (Landesbürgschaften) aufgeteilt. Die BBT verwaltet von Land und Bund abgesicherte Bürgschaften bis zu einer Bürgschaftssumme von 1 Mio. Euro. Die TAB ist für Bürgschaftsbeträge zwischen 1 Mio. und 2,5 Mio. Euro zuständig. Für darüber hinausgehende Bürgschaftsanträge ist PricewaterhouseCoopers als Mandatar verantwortlich.

Die Thüringer Bürgschaftsangebote sollen Unternehmen in Investitionsphasen ebenso unterstützen wie in wirtschaft-

lich schwierigen Zeiten, in denen bspw. Forderungsausfälle überbrückt werden müssen. Zudem kann durch die Bürgschaftsprogramme die Finanzierung von Neustrukturierungen eines Unternehmens (bspw. bei der Auszahlung eines ausscheidenden Gesellschafters), von Unternehmensakquisitionen innerhalb Thüringens und von Nachfolgeregelungen unterstützt werden. Das Bürgschaftsinstrumentarium bezieht sich damit sowohl auf die Absicherung von Investitions- als auch von Betriebsmitteldarlehen.

### Diskussionspunkte:

- › weitere Steigerung der Attraktivität der Bürgschaftsprogramme
- › Straffung der Zuständigkeiten
- › Überprüfung der Bürgschaftsprogramme im Hinblick auf ihre nachfragegerechte Ausgestaltung

## 1.5 Beteiligungsfonds

Beteiligungskapital von privaten und öffentlichen Wagniskapitalgebern stellt bilanzielles Eigenkapital für den Beteiligungsnehmer dar, was unmittelbar zu einer Verbesserung der Bonität seines Unternehmens führt. Dadurch kann die Unternehmensfinanzierung insgesamt erleichtert werden. Zudem steht Beteiligungskapital den Unternehmen langfristig zur Verfügung, ohne die Geschäftstätigkeit durch regelmäßige Zinszahlungen und Tilgungsraten zu belasten.

Von besonderer Bedeutung ist Wagniskapital für junge Unternehmen im High-Techbereich, da die Aktivitäten dieser Unternehmen neben der für Neugründungen typischen Eigenkapitalschwäche noch mit höheren Unsicherheiten verbunden sind. Das hohe Risiko ist mit dafür verantwortlich, dass privates Wagniskapital zumeist nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung steht. Außerdem haben sich Private-Equity-Gesellschaften in den letzten Jahren zumindest aus dem Geschäft kleinteiliger Beteiligungen weitgehend zurückgezogen. Das trifft insbesondere die Unternehmen in den neuen Ländern, weil hier kleinere Unternehmen überwiegen, die oftmals über

eine relativ schlechte Eigenkapitalbasis verfügen. Die Bereitstellung öffentlichen Beteiligungskapitals ist demzufolge in Thüringen wie auch den anderen neuen Ländern von großer Bedeutung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung.

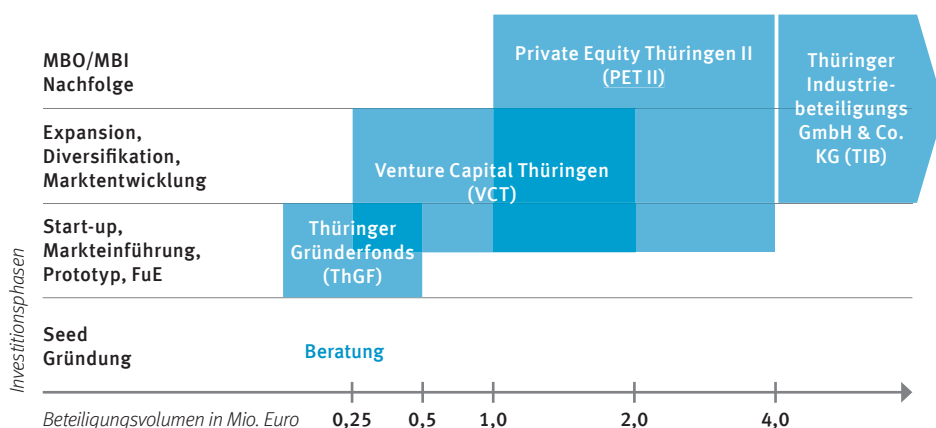
Die bestehenden Beteiligungsfonds werden durch die vom Freistaat Thüringen gegründete Stiftung für Unternehmensbeteiligungen und -förderungen in der gewerblichen Wirtschaft Thüringens (StUWT) sowie Landes- und EFRE-Mittel – teilweise verstärkt durch Mittel privater Kapitalgeber – finanziert und von der beteiligungsmanagement thüringen GmbH (bm-t), einer Managementgesellschaft der Thüringer Aufbaubank, verwaltet.

Derzeit bieten die in der Abbildung dargestellten vier von der bm-t verwalteten Beteiligungsfonds aktiv Beteiligungskapital für Thüringer Unternehmen an. Der Thüringer Gründerfonds wurde im April 2011 aufgelegt. Es stehen damit in Thüringen Beteiligungsinstrumente für die wichtigsten Finanzierungsphasen eines Unternehmens zur Verfügung. Der neue Thüringer Gründerfonds stellt

Beteiligungen für Unternehmen in der Gründungs- und Start-up-Phase bereit. Die VCT, der Fonds PET II sowie die TIB bieten Beteiligungen auch für die Wachstumsphase an. Die drei letztgenannten Instrumente ermöglichen zudem Hilfen bei der Unternehmensnachfolgefinanzierung. Die Fonds TI-Fonds und PET I sind ausgelaufen und gehen keine neuen Beteiligungen mehr ein. Das Volumen aller Fonds beträgt summa summarum rund 250 Mio. Euro. Insgesamt hielten die von der bm-t verwalteten Fonds Ende 2011 55 Beteiligungen.

Das einheitliche Fondsmanagement durch die bm-t gewährleistet, dass die Beteiligungsangebote trotz der komplexen Fondsstrukturen aufeinander abgestimmt sind und eine zentrale Anlaufstelle sowie ein einheitlicher Außenauftritt für die gesamten Beteiligungsangebote des Freistaats existiert. Die derzeitigen Fondsstrukturen sind komplex; Optimierungsmöglichkeiten werden daher geprüft. Auch ist ein Teil der Fonds nahezu ausfinanziert. Eine Weiterentwicklung der Thüringer Beteiligungsstrukturen ist daher vorgesehen.

Abbildung 4: Beteiligungsfonds in Thüringen



### Umsetzungsschritte:

- › Straffung der Strukturen
- › Stärkung der Beteiligungsstiftung StUWT
- › Übertragung des TI-Fonds auf die StUWT
- › Weiterentwicklung des Beteiligungsangebotes
- › Prüfung von Kooperationen mit externen Kapitalgebern
- › Verbesserung der Außendarstellung der bm-t und der Beteiligungsfonds



## 1.6 Beratungsförderung



### 1.6.1 Thüringer Gründerinitiative für innovative und technologieorientierte Unternehmen (ThGI)

Eine bessere unternehmerische Umsetzung neuer Ideen, die z. B. in Hochschulen und Forschungseinrichtungen entstehen, ist eine wichtige Voraussetzung für die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Thüringen. Daher misst die im November 2010 vom TMWAT und TMBWK gestartete Existenzgründungsinitiative der Förderung der Gründung innovativer Unternehmen eine besondere Bedeutung bei.

Damit Gründer die Vielfalt der zur Verfügung stehenden Unterstützungsangebote effektiv nutzen können, wurde im Rahmen der Thüringer Gründerinitiative das Thüringer Netzwerk für Innovative Gründungen (ThürlnG) geschaffen. ThürlnG hilft Gründern als Berater, Coach und Förderlotse, und es koordiniert Förderangebote.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Initiative ist die Verstärkung der Beratungskapazitäten für Gründer an den Hochschulen. Das TMBWK unterstützt die Errichtung regionaler Anlaufstellen für innovative Gründer. Die Beratungsmöglichkeiten der Initiative flankieren die bereits dargestellten Angebote zur Bereitstellung von Beteiligungskapital.

Zur Nutzung aller Chancen innovativer Gründungen reicht das öffentlich geförderte Beratungsangebot und öffentliches Seed-Kapital indes nicht aus. Daher sollen Business Angels innovative Gründer mit privatem Risikokapital sowie Beratungsleistungen unterstützen und als Türöffner bei Kunden, Lieferanten und Finanziers zur Verfügung stehen. Thüringen verfügt im Vergleich zu den

alten Bundesländern über weniger vermögende Unternehmer, die sich als Business Angels engagieren könnten. Um mehr Business Angels zu gewinnen und mit Thüringer Gründern zusammenzubringen, ist im Herbst 2010 das Thüringer Business Angels Netzwerk (ThüBAN) gestartet worden.

Des Weiteren wird nunmehr jährlich der Gründerpreis Thüringen vergeben, der hervorragende Businesspläne und erfolgreiche Jungunternehmer auszeichnet. Für innovative Gründer vergibt die STIFT den Sonderpreis „Innovationspotenzial“. Zukünftig sollen spezielle Angebote für innovative Gründer vor allem im Businessplanbereich ausgebaut werden. Geprüft wird derzeit zudem die Einrichtung eines Mentorings für Gründer.

### 1.6.2 Existenzgründerpässe, geförderte Unternehmensberatung und organisationseigene Berater im Handwerk

Beratungsangebote sind eine wichtige Hilfe, damit sich Unternehmen im Wettbewerb behaupten, Investitionen vornehmen und Innovationen hervorbringen können. Für die Förderung von Beratungsleistungen für KMU von der Gründung bis zur Regelung der Unternehmensnachfolge wurden in der laufenden EU-Förderperiode bis 2010 insgesamt 24 Mio. Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds bewilligt.

Gefördert werden zur Steigerung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Thüringer KMU und zur Verbesserung der Tragfähigkeit von Existenzgründungen in Thüringen

- › Beratungen durch selbständige Unternehmensberater

- › Beratungen durch organisationseigene Berater im Handwerk und

- › Beratungen für Existenzgründer über Existenzgründerpässe.

Kern der mittelständischen Beratungsförderung sind die Beratungen durch selbständige Unternehmensberater. Für konkrete betriebswirtschaftliche und technologische Fragen können Beratungen bis zu 20 Tagwerke gefördert werden. Davon werden im Durchschnitt neun Tagwerke je Förderung in Anspruch genommen. Im Rahmen dieses Förderangebots finden jährlich zwischen 700 und 1.000 Beratungen statt. Voraussetzung für diese Förderung ist die Bestätigung der Eignung des Beraters und des Beratungsbedarfs durch die unabhängige Qualitätssicherung.

Die Förderung durch Existenzgründerpässe ist gemäß einer Bund-Länder-Vereinbarung auf die Vorgründungsphase ausgerichtet. Hier finden jährlich 1.000 bis 1.500 Förderungen statt.

Die organisationseigenen Berater im Handwerk bei Handwerkskammern und Fachverbänden werden zu 50 % durch die Organisationen getragen. Der Bund fördert die Personalstellen mit bis zu 24.000 Euro pro Berater und Jahr. Er trägt damit den Hauptteil der Förderung. Die Länder und auch Thüringen ergänzen die Förderung des Bundes auf maximal 50 %. Die Beratungen sind für Existenzgründer und KMU als Mitglieder ihrer Handwerkskammern und Fachverbände kostenlos.

### 1.6.3 Netzwerke und Modellprojekte der Beratungsförderung

Beratungsnetzwerke für spezielle wirtschaftspolitische Ziele sowie für arbeitsmarktpolitische Zielgruppen ergänzen das Angebot. Eine zentrale Bedeutung hat dabei das vom TMWAT geförderte Beratungsnetzwerk „Gründen und Wachsen in Thüringen“ (GWT), das durch die Thüringer IHKs und HWKs getragen wird.

Das GWT informiert Gründer und KMU über die vielfältigen Unterstützungsleistungen der Kammern, der TAB, der GFAW und der KfW. Für Technologiegründungen kooperiert das GWT eng mit dem ThürInG. Das GWT konzentriert sich auf die drei Bereiche

- › Beratung und Unterstützung von Gründern und KMU (Beratungen, Gründerseminare, Unternehmensnachfolge, Information),
- › Koordinierung und Vernetzung aller Beratungsangebote und -akteure in Thüringen sowie
- › Organisation von Gründer- und Unternehmenswettbewerben (Gründerpreis Thüringen, Thüringer Staatspreis für Qualität).

Ein zunehmend wichtiges Thema des GWT ist die Unternehmensnachfolge (hierzu hat das GWT von September bis Dezember 2011 eine thüringenweite Roadshow durchgeführt).

Zudem kann das Beratungsangebot um neue Themen ergänzt werden. So weist die Studie „Potenzialanalyse für die Kreativwirtschaft“ einen Bedarf zur Einrichtung eines Beratungsnetzwerkes speziell für die Unternehmen aus den elf Teilbranchen der Kreativwirtschaft in Thüringen nach. Den Handlungsempfehlungen der Studie folgend, wurde mit der Thüringer Agentur für die Kreativwirtschaft (ThAK) ein Modellprojekt geschaffen, das als Dienstleister dieses dynamischen Wirtschaftszweiges agiert und dabei in Ergänzung der bestehenden Netzwerke vielfältige und spezifische Beratungsangebote für Akteure der Kreativwirtschaft anbietet. Die ThAK ist ein zentraler Baustein in einer umfassenden Strategie zur Förderung und Stärkung der Kreativwirtschaft in Thüringen.



2

**Innovation:**  
Innovationsförderung  
des TMWAT

## 2 Innovation: Innovationsförderung des TMWAT

Ziel der Innovationsförderung des TMWAT ist, die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu verbessern und nachhaltiges Wachstum der KMU in Thüringen zu ermöglichen. Innovationen sind eine notwendige Voraussetzung für Erfolge auf nationalen und internationalen Märkten.

Die Innovationsförderung des TMWAT umfasst die folgenden Richtlinien:

- (1) Einzelbetriebliche Technologieförderung
- (2) Verbundförderung
- (3) Förderung von Personal in Forschung und Entwicklung
- (4) Förderung von Technologiescouts

Die nachfolgende Grafik gibt einen Überblick über das Finanzierungsvolumen der vier Richtlinien im Zeitraum 2007 bis 2010. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 807 Projekte mit einem Gesamtfinanzierungsvolumen von ca. 170 Mio. Euro durchgeführt.

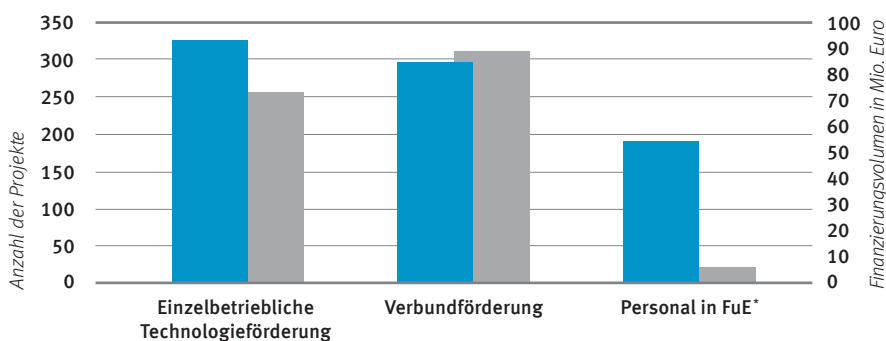


Abbildung 5: bewilligtes Fördervolumen 2007–2010

\* Einschließlich Technologiescouts, ohne Forschergruppen (erst ab 2011).

■ Anzahl der Projekte  
■ Finanzierungsvolumen

### Umsetzungsschritte:

- › Fortführung der Forschungs- und Technologieförderung in der kommenden Förderperiode
- › für die nächste Förderperiode geplant: Zusammenlegung der Richtlinien „Einzelbetriebliche Technologieförderung“ und „Verbundförderung“ einerseits sowie „Förderung von Personal in FuE“ und „Förderung von Technologiescouts“ andererseits.

### 2.1 Einzelbetriebliche Technologieförderung

Über die Einzelbetriebliche Technologieförderung werden

- (1) FuE-Vorhaben,
- (2) Investitionen zur Einführung neuester Technologien,
- (3) Technologietransfer sowie
- (4) Kaltmietfreistellungen für junge, technologieorientierte KMU in Technologie- und Gründerzentren gefördert.

Zuwendungsempfänger sind Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft mit einer Betriebsstätte in Thüringen (vorrangig KMU) sowie wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen. Die Förderung großer Unternehmen kann grundsätzlich nur mit einer Ausnahmegenehmigung des TMWAT erfolgen. Über die Einzelbetriebliche Technologieförderung werden Vorhaben mit

nichtrückzahlbaren Zuschüssen gefördert. Für FuE-Projekte, die dem Bereich GreenTech zuzuordnen sind, gilt eine um fünf Prozentpunkte erhöhte Förderquote. Die Antragstellung erfolgt bei der TAB. Die Förderkonditionen sind in Tabelle 1 aufgeführt. Für wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen gelten für eine nichtwirtschaftliche Tätigkeit spezielle Bestimmungen.

Fördergegenstand	De-minimis-Beihilfe	Antragsberechtigte	Maximale Förderquote		Förderhöchstsumme
			Industrielle Forschung	Experimentelle Entwicklung	
FuE-Vorhaben		Kleine Unternehmen	70 %*	45 %*	2 Mio. Euro je Vorhaben
		Mittlere Unternehme	60 %*	35 %*	
		Große Unternehmen***	50 %*	25 %*	
		Wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen für nichtwirtschaftliche Tätigkeit**	70 %		700.000 Euro je Forschungseinrichtung
			Im Ausnahmefall: 90 %		500.000 Euro je Forschungseinrichtung
Investitionen zur Einführung neuester Technologien		Kleine Unternehmen	50 %*		2 Mio. Euro je Vorhaben
		Mittlere Unternehmen	40 %*		
		Große Unternehmen***	30 %*		
		Wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen für nichtwirtschaftliche Tätigkeit**	70 %		1 Mio. Euro je Vorhaben
Technologie-transfer		KMU	FuE-Aufträge 35 %		1 Mio. Euro je Vorhaben
			Je Patent 35 %		100.000 Euro je Patent
		Wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen für nichtwirtschaftliche Tätigkeit*	Technologietransferveranstaltungen: 50 %		50.000 Euro pro Jahr
Kaltnietfreistellung in Technologie- und Gründerzentren		Träger- und Betreibergesellschaften der Technologie- und Gründerzentren (begünstigte KMU)	Kaltnietfreistellung auf die ersten drei Jahre nach Gründung begrenzt		10.000 Euro pro KMU und Jahr, max. 200.000 Euro Zuschuss je Technologie- und Gründerzentrum und pro Jahr

Tabelle 1: Förderkonditionen der Einzelbetrieblichen Technologieförderung

\* Enthält Fünf-Prozentpunkte-Aufschlag für Projekte, die GreenTech-Feldern zugeordnet werden können.

\*\* Für wirtschaftliche Tätigkeit: Förderung wie Unternehmen.

\*\*\* Im Ausnahmefall.

Für die Finanzierung der Förderung nach der Richtlinie zur Einzelbetrieblichen Technologieförderung stehen in der aktuellen Strukturfondsförderperiode (2007–2013) 127,5 Mio. Euro für die Einzelbetriebliche Technologieförderung und 26,7 Mio. Euro für Infrastrukturprojekte zur Verfügung. Von diesen insgesamt 154,2 Mio. Euro werden 115,6 Mio. Euro aus dem EFRE-Strukturfonds und 38,6 Mio. Euro aus Landesmitteln finanziert.

Im Jahr 2010 wurden Verbesserungen für die Zuwendungsempfänger vorgenommen. Unter anderem wurden

- (1) eine Kostenbasisförderung für gewerbliche Unternehmen ermöglicht,
- (2) die Kaltmietförderung von jungen,

technologieorientierten KMU in Technologie- und Gründerzentren überarbeitet und an die GRW-Bestimmungen angepasst,

- (3) die bisher verwendeten Höchstsätze für Personalkosten abgeschafft, um die Gewinnung hochqualifizierter Fachkräfte zu unterstützen, und
- (4) die Förderbedingungen der Einzelbetrieblichen Technologieförderung und der Richtlinie zur Verbundförderung harmonisiert.

Aufgrund der bereits erfolgten Änderungen steht mit dem vorliegenden Instrumentarium ein attraktives Förderangebot zur Steigerung der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit der Unternehmen zur Verfügung.

### Umsetzungsschritte:

Bezüglich der Förderung nichtwirtschaftlicher Tätigkeiten wirtschaftsnaher Forschungseinrichtungen nach der Richtlinie zur Einzelbetrieblichen Technologieförderung sollen folgende Änderungen vorgenommen werden:

- › Erhöhung der max. Fördersätze für wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen von 70 % (bzw. 90 %) auf mind. 95 % der anerkannten zuwendungsfähigen Kosten bzw. Ausgaben
- › Begrenzung des Fördermittelanteils von FuE-Projekten und Investitionen auf 15 % des für die Einzelbetriebliche Technologieförderung zur Verfügung stehenden Gesamtfördervolumens
- › Aufhebung der selbstbeschränkenden Zuschussobergrenze von 2 Mio. Euro bei der Einführung neuester Technologien, um größere Vorhaben im Bereich GreenTech realisieren zu können

## 2.2 Verbundförderung



Das TMWAT fördert mit der Richtlinie zur Verbundförderung

- (a) gemeinsame FuE-Projekte von Unternehmen bzw. von Unternehmen und Forschungseinrichtungen auf dem Gebiet der Zukunftstechnologien sowie
- (b) Koordinierungsstellen von Netzwerken und Clustern, die zum Ziel haben, innovations- und technologieorientierte Kooperationen insbesondere von KMU mit Innovationspartnern anzuregen.

Verbundprojekte sind Projekte von mindestens zwei Unternehmen, wobei ein Unternehmen ein KMU sein muss, oder

von mindestens einem Unternehmen und mindestens einer Forschungseinrichtung.

FuE-Verbundprojekte werden durch nichtrückzahlbare Zuschüsse zu Kosten oder Ausgaben für Personal, Instrumente und Ausrüstungen, Auftragsforschung sowie immaterielle Wirtschaftsgüter (nur KMU) unterstützt. Bei der Förderung von Koordinierungsstellen von Netzwerken und Clustern sind Kosten und Ausgaben für Personal, Verwaltung und Investitionen förderfähig, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Werbung um neue Mitglieder und der Organisation von

Bildungsmaßnahmen, Workshops und Konferenzen stehen.

FuE-Projekte, die dem GreenTech-Bereich zuzuordnen sind, werden mit einem um zehn Prozentpunkte bzw. fünf Prozentpunkte erhöhten Fördersatz in den Forschungsstufen industrielle Forschung bzw. experimentelle Entwicklung unterstützt. Die Antragstellung erfolgt bei der TAB. Das Antragsverfahren in der Verbundförderung ist zweistufig (Vorhabenskurzbeschreibung einschließlich Bewertung, Antragsempfehlung), bei der Förderung von Koordinierungsstellen von Netzwerken und Clustern einstufig. Die Förderkonditionen sind in der folgenden Tabelle abgebildet:



Fördergegenstand	Antragsberechtigte	Maximale Förderquote		Förderhöchstsumme/Dauer
		Industrielle Forschung	Experimentelle Entwicklung	
Verbundprojekte	Kleine Unternehmen	80 %	60 %	400.000 Euro pro Jahr und Antragsteller (Ausnahme: bis 7,5 Mio. Euro je Projektpartner und Pro- jekt), Dauer: bis 2 Jahre (Ausnahme: 3 Jahre)
	Mittlere Unternehmen	75 %	50 %	
	Große Unternehmen	65 %	40 %	
	Forschungseinrichtungen für nichtwirtschaftliche Tätigkeiten	100 %		
Koordinierungsstellen von Netzwerken und Clustern	Personal- und Sachausgaben:			Je Netzwerk/Cluster 200.000 Euro pro Jahr (Ausnahme: 400.000 Euro pro Jahr), Dauer: bis 5 Jahre (Ausnahme: 10 Jahre)
	Netzwerke/Cluster	Degressive Förderung: 100 %/80 %/60 %/40 %/20 %		
		Nicht degressive Förderung: 50 %		
	Investitionsausgaben (Ausstattung der Koordinierungsstelle):			
	kleine Unternehmen	50 %		
	mittlere Unternehmen	40 %		
	große Unternehmen	30 %		

Tabelle 2: Förderkonditionen der Verbundförderung

Für die EU-Förderperiode 2007–2013 stehen zur Umsetzung der Richtlinie Fördermittel in der Höhe von 126,52 Mio. Euro zur Verfügung, wobei 123,19 Mio. Euro für die Förderung von Verbundprojekten sowie 3,3 Mio. Euro für die Förderung von Netzwerken und Clustern eingeplant sind. Beide Fördergegenstände werden zu 75 % aus EFRE-Mitteln und 25 % aus Landesmitteln finanziert, womit für die Verbundförderung 92,39 Mio. Euro EFRE-Mittel und 30,8 Mio. Euro Landesmittel bzw. für Netzwerke und Cluster jeweils 2,5 Mio. Euro EFRE-Mittel und 0,83 Mio. Euro Landesmittel bereitstehen. In den vergangenen Jahren wurde das Förderangebot verbessert.

Unter anderem wurden

- (1) die bisher verwendeten Höchstsätze bei Personaleinzelkosten/-ausgaben abgeschafft, um die Gewinnung hochqualifizierter Fachkräfte zu unterstützen, sowie
- (2) die Konditionen der Richtlinie an die der Programme des Bundes (u. a. ZIM) angepasst und mit der Förderpriorität „GreenTech“ in Einklang gebracht, u. a. durch die breite Anlage der förderwürdigen Technologiefelder, eine moderate Quotenreduktion für Nicht-GreenTech-Vorhaben und die Kostenbasisförderung seit 2008.

Die Richtlinie entspricht dem aktuellen Bedarf, gibt positive Anreize zur Nutzung des Thüringer Innovationspotenzials, wird sehr gut angenommen und sollte in der neuen Strukturfondsperiode entsprechend der zukünftigen finanziellen Ausstattung grundsätzlich beibehalten werden (vgl. auch Trendatlas).

#### Umsetzungsschritt:

- › Zur Straffung der Förderung soll zukünftig (ab neuer Strukturfondsperiode) die alleinige Einbindung der Clustermanagement-Förderung in die GRW erfolgen

## 2.3 Förderung von Personal in Forschung und Entwicklung



In Zeiten des demographischen Wandels sowie des überregionalen Wettbewerbs um qualifizierte Arbeitnehmer ist es für Unternehmen schwierig, das notwendige Personal für Forschung und Entwicklung zu gewinnen und auf dem notwendigen Ausbildungsstand zu halten. Hier setzt die FuE-Personal-Förderung an.

Zuwendungsempfänger sind vorrangig KMU mit einer Betriebsstätte im Freistaat Thüringen. In Ausnahmefällen können auch Großunternehmen sowie Forschungseinrichtungen berücksichtigt werden. Die Fördergegenstände und -konditionen stellen sich wie folgt dar:

- (1) Forschergruppen: Förderung bis zu 100 %
- (2) Thüringen-Stipendium: 80 % bei KMU, Großunternehmen 60 %, Dauer in der Regel 24, in Ausnahmefällen 36 Monate
- (3) Innovationsassistent: Lohnkostenzuschüsse bis 50 % (KMU), max. 24.000 Euro im ersten und 12.000

Euro im zweiten Jahr (zusätzlicher GreenTech-Bonus)

- (4) Thüringen-Stipendium Plus: Mischfinanzierung aus Thüringen-Stipendium und Innovationsassistent, max. fünf Jahre
- (5) Ausleihe von hochqualifiziertem FuE-Personal: bis zu 50 % des lohnsteuerpflichtigen Bruttogehalts (bis zu drei Jahre)
- (6) Entsendung von FuE-Personal: zwischen 25 und 100 %
- (7) Anschubfinanzierung von Kooperations- und Netzwerkbeziehungen: bis zu 100 %

Für die Finanzierung der Förderung nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und/oder des Freistaats Thüringen zur Förderung von Personal in Forschung und Entwicklung und der Technologiescouts sind in der gesamten Strukturfondsförderperiode 2007–2013 insgesamt 40 Mio. Euro eingeplant. Diese Mittel setzen sich aus

30 Mio. Euro ESF- und 10 Mio. Euro Landesmitteln zusammen.

Grundsätzlich könnte die bisherige Ausgestaltung auch in der neuen Förderperiode beibehalten werden. Aufgrund der großen Nachfrage bleibt zu prüfen, ob sich die Ausgestaltung der Richtlinie bezüglich der Forschergruppen so aufrechterhalten lässt. Gegebenenfalls ist eine Eingrenzung der Technologie- bzw. Arbeitsgebiete und Bündelung von Kompetenzen von Forschungseinrichtungen entlang prioritärer Themen nötig.

### Umsetzungsschritt:

Zur Verbesserung der Resonanz der Richtlinie Förderung von Personal in Forschung und Entwicklung wurde folgende Änderung vorgenommen:

- › Wegfall der bisher bestehenden dreijährigen Nachbeschäftigungspflicht für Innovationsassistenten

Die Richtlinienänderung trat mit der Veröffentlichung im Thüringer Staatsanzeiger am 5. Dezember 2011 in Kraft.



## 2.4 Förderung von Technologiescouts



Kleine Unternehmen tun sich häufig schwer bei der Vermarktung anspruchsvoller Innovationen, insbesondere auf ausländischen Märkten. Thüringen hat mit dem „Technologiescout“ ein Instrument eingeführt, mit dem Unternehmen die Absatzchancen innovativer Produkte im In- und Ausland effektiver ermitteln und nutzen können.

Das TMWAT fördert in Form von Lohnkostenzuschüssen die Personalausgaben, die mit der Einstellung von Technologiescouts verbunden sind. Technologiescouts sollen dem Unternehmen die

Markterschließung in technologieorientierten Branchen erleichtern, beispielsweise durch technologieorientierte Marktanalysen und -untersuchungen oder die Vorbereitung und Durchführung von Messen. Zuwendungsempfänger sind vorrangig KMU, in Ausnahmefällen auch Großunternehmen.

In der nächsten Strukturfondsförderperiode könnte die Anregung aus dem Trendatlas umgesetzt werden, als Weiterentwicklung des Förderinstruments den Übergang zu branchenbezogenen Technologiescouts zu ermöglichen.

### Umsetzungsschritt:

Zur Verbesserung der Resonanz der Richtlinie Förderung von Technologiescouts wurde folgende Änderung vorgenommen:

- › Wegfall der bisher bestehenden dreijährigen Nachbeschäftigungspflicht
- Die Änderung trat mit der Veröffentlichung im Thüringer Staatsanzeiger am 5. Dezember 2011 in Kraft.

### Diskussionspunkt:

in der nächsten Förderperiode (Anregung aus Trendatlas):

- › Weiterentwicklung zu branchenbezogenen Technologiescouts

## 2.5 Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen in KMU

Mit der Richtlinie zur Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen werden KMU dabei unterstützt, Potenziale für Energieeinsparungen zu erkennen und zu nutzen sowie Ressourceneffizienz und Nachhaltigkeit im betrieblichen Handeln zu verankern. Die branchenübergreifende Erschließung zusätzlicher Effizienzreserven soll dabei zu einer deutlichen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU führen. Die Richtlinie ist zum 1. Februar 2011 in Kraft getreten. Fördergegenstand ist eine messtechnisch gestützte, qualifizierte und

unabhängige Unternehmensberatung zur Energieeffizienz in KMU. Für die Beratungen sind unabhängige Berater zugelassen, die über einen technischen bzw. naturwissenschaftlichen Hochschulabschluss sowie geeignete Sachkundenachweise verfügen.

Unterstützt werden:

- (1) Situationsanalyse und Konkretisierung von Zielen und Maßnahmen
- (2) Projektbegleitung bei der Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen

- (3) Erfolgskontrolle umgesetzter Maßnahmen, ggf. Nachoptimierung
- (4) Förderung einer unabhängigen technischen Beratung zur Vorbereitung und zum Abschluss von Energiespar-Contractingverträgen mit dem Beratungsziel, wirtschaftliche Energieeinsparpotenziale einschließlich Finanzierung, Planung, Errichtung und Betreuung von Maßnahmen zur rationellen Energienutzung durch einen Contractor zu erschließen. Die Förderkonditionen sind in der nachfolgenden Tabelle abgebildet:

Fördergegenstand	Förderquote	Max. Fördersumme
<b>Messtechnisch gestützte, qualifizierte und unabhängige Unternehmensberatung zur Energieeffizienz</b>	70 % des förderfähigen Tageshonorars (Max. Zuschuss: 560 Euro/Tag)	6.000 Euro
	70 % für die Kosten der Messtechnik (Max. Zuschuss: 200 Euro/Tag für Gerätenutzung)	2.000 Euro
<b>Unabhängige technische Beratung zur Vorbereitung und zum Abschluss von Energiespar-Contractingverträgen</b>	70 % des förderfähigen Tageshonorars (Max. Zuschuss: 560 Euro/Tag)	1.600 Euro

Tabelle 3: Förderkonditionen der Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen in KMU

Das Landesförderprogramm geht über die Förderinstrumente der KfW hinaus. Eine messtechnisch gestützte Beratung konnte bisher keine spezifische Unterstützung erfahren. Das in diesem Bereich vorhandene Einsparpotenzial soll mit dem Thüringer Förderangebot genutzt werden können.

# Infrastruktur: Infrastrukturförderung des TMWAT



3



## 3 Infrastruktur: Infrastrukturförderung des TMWAT



Die Schaffung günstiger infrastruktureller Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliche Investitionen ist neben der einzelbetrieblichen Förderung von Investitions- und FuE-Vorhaben zentrales Handlungsfeld der regionalen Wirtschaftspolitik. Die Bereitstellung einer an der Nachfrage orientierten wirtschaftsnahen Infrastruktur leistet dabei einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Thüringen.

Zum Bereich der wirtschaftsnahen Infrastruktur zählen neben der touristischen Infrastruktur auch Aus- und Weiterbildungseinrichtungen, Gewerbezentren sowie Breitbandnetze, vor allem aber Gewerbe- und Industrieflächen. Das Vorhalten von attraktiven Flächen dient nicht nur der Ansiedlungspolitik, sondern ist auch notwendige Voraussetzung für Betriebserweiterungen und somit des mit der Schaffung von Arbeitsplätzen verbundenen Wachstums der in Thüringen bereits ansässigen Unternehmen.

Seit 1991 werden Projekte der wirtschaftsnahen Infrastruktur durch das TMWAT gefördert. Allein mit dem zen-

tralen Förderinstrument, der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, Teil II „Förderung des Ausbaus der wirtschaftsnahen Infrastruktur“, wurden bislang (Stand: 30. Juni 2011) über 1.400 Projekte mit Zuschüssen in Höhe von insgesamt 2,5 Mrd. Euro gefördert. Je Thüringer Einwohner waren das Zuschüsse in Höhe von über 1.100 Euro. Allein in den Jahren 2007–2010 wurden für 170 investive Maßnahmen Zuschüsse in Höhe von etwa 270 Mio. Euro bewilligt und Gesamtinvestitionen in Höhe von ca. 336 Mio. Euro im Bereich der wirtschaftsnahen Infrastruktur angeschoben.

Der demographische Wandel und die Haushaltssparzwänge setzen dem weiteren Infrastrukturausbau einerseits Grenzen. Andererseits wird sich Thüringen im Standortwettbewerb nur dann behaupten können, wenn potenziellen Investoren attraktive infrastrukturelle Rahmenbedingungen angeboten werden können.

Dies erfordert eine entsprechende inhaltliche und räumliche Schwerpunktsetzung im Rahmen der Infrastruktur-

förderung. Wirtschaftsnaher Infrastruktur ist zum einen im Hinblick auf das Angebot an attraktiven und größeren Gewerbeflächen auszubauen, und zum anderen ist der künftige Bedarf insbesondere bei Aus- und Weiterbildungs- sowie bei Gewerbezentren genau zu überprüfen.

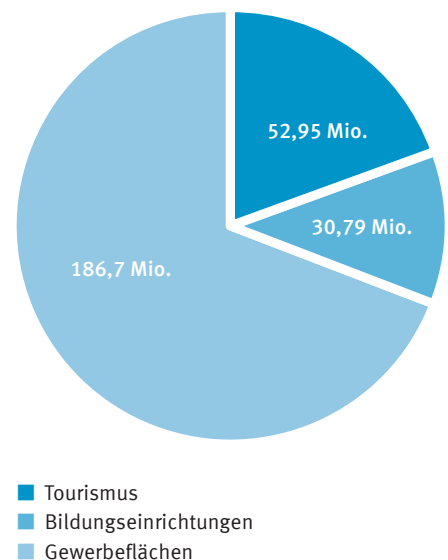


Abbildung 6: Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur im Rahmen der GRW in Mio. Euro in den Jahren 2007–2010

### 3.1 Generelle Handlungserfordernisse für die künftige Infrastrukturentwicklung

#### 1. Rückläufige Finanzausstattung der Förderprogramme

Zukünftig werden weniger Mittel für den Infrastrukturausbau zur Verfügung stehen. Zudem werden gekürzte EFRE-Budgets und restriktivere Vorgaben zur Verwendung der Strukturfondsmittel in der neuen Förderperiode die Fördermöglich-

keiten zur Entwicklung der wirtschaftsnahen Infrastruktur – beginnend mit dem Jahr 2014 – weiter einschränken.

Daher wird die Förderung stärker konzentriert und den veränderten Rahmenbedingungen wird mit einer Anpassung der GRW-Richtlinie, Teil II (Infrastruktur), 2012 bereits Rechnung getragen.

#### Diskussionspunkte:

- › Konzentration der Fördermittel auf ausgewählte Programme, Maßnahmen und Fördertatbestände der wirtschaftsnahen Infrastruktur
- › Anpassung der GRW-Richtlinie, Teil II, an aktuelle wirtschaftspolitische und finanzielle Rahmenbedingungen

## 2. Finanzsituation der Kommunen

Träger von Infrastrukturmaßnahmen sind in den meisten Fällen die Kommunen, Landkreise oder andere kommunale Zusammenschlüsse. Die kommunalen Gebietskörperschaften haben zunehmend Schwierigkeiten, den für eine Förderung des Ausbaus wirtschaftsnaher Infrastruktur notwendigen Eigenanteil aufzubringen.

Der rückläufigen finanziellen Ausstattung der Förderinstrumente für die wirtschaftsnaher Infrastruktur kann daher derzeit nicht mit einem Absenken der Fördersätze – und damit einhergehend einer Anhebung der kommunalen Eigenanteile – begegnet werden.

Vielmehr ist eine deutlichere Schwerpunktsetzung bei den Infrastrukturprojekten, eine bessere Kooperation der Kommunen sowie eine intensivere Zusammenarbeit auf ministerieller Ebene (bspw. im Hinblick auf Bedarfszuweisungen zur Finanzierung von kommunalen Eigenanteilen oder im Hinblick auf die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur) und mit der Kommunalaufsicht notwendig.

### Diskussionspunkt:

- › deutlichere Schwerpunktsetzung bei Infrastrukturprojekten

## 3. Demographischer Wandel und Bedarf an Infrastrukturmaßnahmen

Der demographische Wandel hat unmittelbare Auswirkungen auf die Entwicklung der wirtschaftsnahen Infrastruktur. So stellt sich mehr als bisher die Frage nach dem tatsächlichen Bedarf. Außerdem erfordern Wanderungsbewegungen in die städtischen Zentren eine stärkere regionale Schwerpunktsetzung von Maßnahmen im Bereich der wirtschaftsnahen Infrastruktur.

### Diskussionspunkt:

- › Die Förderung im Bereich der wirtschaftsnahen Infrastruktur sollte sich zukünftig stärker auf urbane Zentren konzentrieren.



## 3.2 Entwicklung und Förderung von Industrie- und Gewerbeflächen als Kern der wirtschaftsnahen Infrastruktur



Die Ausweisung von Industrie- und Gewerbeflächen obliegt vorrangig den Kommunen. Die Förderung des Freistaats konzentriert sich daher auf die Unterstützung kommunaler Investitionsprojekte zur Erschließung neuer Industrie- und Gewerbeflächen sowie zur Wiederrichtung brachliegender Flächen und zur Revitalisierung von Altstandorten. Flankiert werden diese Maßnahmen durch Entwicklungsprojekte, die von der Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen mbH (LEG) durchgeführt werden. Die Maßnahmen des Freistaats können je nach Finanzierungsquelle in drei Kategorien aufgeteilt werden:

- (1) Förderung von Infrastrukturprojekten im Rahmen der GRW,
- (2) Projekte der LEG und
- (3) Maßnahmen zur Wiedernutzbarmachung ehemaliger militärischer Liegenschaften.

### 3.2.1 Förderung im Rahmen der GRW

Der mit der politischen Wiedervereinigung eingeleitete wirtschaftliche Neuaufbau in Thüringen war eng mit der Schaffung günstiger Standortbedingungen für Investoren verbunden. Die Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen war und ist deshalb ein Förderschwerpunkt im Rahmen der GRW. Die hierfür zur Verfügung stehenden Mittel werden durch EFRE-Mittel verstärkt.

In der Phase von 1990 bis 1992 galt es zunächst, für die vorhandene Flächen- nachfrage kurzfristig ein nutzbares Gewerbeflächenangebot zu schaffen. Ungeklärte Eigentumsverhältnisse, Kontaminationen und fehlende Zugriffsmöglichkeiten der Kommunen verhinderten oftmals eine rasche Wiedernutzbarmachung insbesondere altindustrieller,

aber auch ehemals militärisch genutzter Flächen. Daher bildete in diesem Zeitraum die Unterstützung der Neuerschließung von Industrie- und Gewerbeflächen „auf der grünen Wiese“ den Schwerpunkt der GRW-Förderung. Nachdem der Bedarf an kurzfristig benötigten Gewerbeflächen weitgehend gedeckt war, erfolgte eine stärkere Konzentration der Förderung auf eine Revitalisierung von Industrie- und Gewerbegebieten. Dazu gehörte die Wiedernutzbarmachung von brachliegenden Flächen ebenso wie die infrastrukturelle Erneuerung von Altstandorten.

Insgesamt wurde die Entwicklung von Industrie- und Gewerbegebieten mit einer Bruttofläche von über 10.200 ha im Rahmen der GRW bis Ende 2010 mit Zuschüssen von rund 1,3 Mrd. Euro gefördert. Auf die Wiederrichtung von brachliegendem Industrie- und Gewerbegebieten (ca. 3.600 ha) entfielen davon rund 400 Mio. Euro.

Im Betrachtungszeitraum 2007–2010 wurden Zuschüsse in Höhe von ca. 187 Mio. Euro für die Entwicklung von Industrie- und Gewerbeflächen eingesetzt (75 Projekte mit Gesamtinvestitionen von ca. 227 Mio. Euro). Die geförderten Industrie- und Gewerbeflächen weisen einen durchschnittlichen Belegungsstand von knapp 80 % auf.

### 3.2.2 Entwicklung von Infrastrukturmaßnahmen durch die LEG

Neben der Förderung der Entwicklung von Industrie- und Gewerbeflächen mit GRW-Mitteln ist die Revitalisierung und Entwicklung von industriellen Altstandorten durch die LEG die zweite bedeutende Säule bei der Bereitstellung von Gewerbeflächen in Thüringen. Die Finan-

zierung dieser Maßnahmen erfolgt seit 1994 aus dem mit Landesmitteln finanzierten Industrietitel. Mit den Mitteln werden die mit den entsprechenden Projekten verbundenen Kosten der LEG getragen. Ursprünglich konzentrierten sich die Maßnahmen auf

- › ehemalige industrielle Schwerpunktsstandorte wie Schwarzburg (ehemaliges Chemiefaserkombinat), Rositz (ehemaliges Teerverarbeitungswerk), Unterwellenborn (Stahlwerk Maxhütte), Arnstadt (Chemieanlagenbau) und Fischbach/Dermbach sowie
- › die vorrangige Beseitigung von industriellen Altlasten und Kontaminationen.

Insgesamt konnten über 1.200 ha ehemals industriell genutzter Fläche durch die LEG aufbereitet und für Neuansiedlungen von Unternehmen nutzbar gemacht werden. Seit 1994 wurden hierfür insgesamt ca. 550 Mio. Euro Landesmittel (Industrietitel) eingesetzt. Neben der Revitalisierung wird aus dem Industrietitel zunehmend auch die Entwicklung neuer, qualitativ hochwertiger Gewerbeflächen durch die LEG finanziert (Großflächeninitiative).

### 3.2.3 Maßnahmen zur Wiedernutzbarmachung ehemaliger militärischer Liegenschaften

Eine besondere Rolle bei der Revitalisierung von Altstandorten bzw. von Brachflächen bildeten die Konversionsmaßnahmen auf ehemals militärisch genutzten Flächen. Mit dem Abzug der Westgruppe der russischen Truppen (WGT) waren in Thüringen etwa 150 ehemalige Militärliegenschaften mit einer Gesamtfläche von 17.000 ha ungenutzt. Davon hat der Freistaat 100 Liegen-



schaften mit 11.200 ha, die nicht mehr für eine militärische Nutzung vorgesehen waren, zur zivilen Nachnutzung übernommen und in einem Sondervermögen des Freistaates zusammengefasst. Die Finanzierung der Flächenentwicklung erfolgt aus europäischen und auch aus Landesmitteln. Die Landesfinanzierung wurde zunächst aus dem Landeshaushalt bestritten und wird inzwischen im Rahmen einer Fondsfinanzierung aus Vermarktungserlösen aufgebracht. Mit EU-Mitteln erfolgte die Förderung anfänglich aus der Gemeinschaftsinitiative KONVER und wurde dann in der Förderperiode 2007 bis 2013 mit dem EFRE fortgesetzt.

Aus dem Flächenportfolio wurden bislang 21 Liegenschaften mit einer Gesamtfläche von 1.700 ha als Konversionsprojekte mit einem konkreten Entwicklungsziel, insbesondere der Gewinnung von sanierten und erschlossenen Gewerbeflächen, ausgewählt. Beispielhaft für die seit 1992 von der LEG im Auftrag des Freistaates durchgeführten Konversionsmaßnahmen sei auf die Entwicklung der Industriegebiete „Eisenach-Kindel“, „Gera, Tinzer Straße“ und „Nordhausen, Darrweg“ verwiesen.

### 3.2.4 Herausforderungen und Handlungserfordernisse – Industrie- und Gewerbeflächen

Der Aufbauprozess der Thüringer Wirtschaft ist auch zwanzig Jahre nach der politischen Wiedervereinigung noch nicht abgeschlossen. Eine weitere positive wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat bedingt auch die Bereitstellung zusätzlicher Gewerbeflächen. Neben diesem quantitativen Bedarf manifestiert sich eine wachsende Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Gewerbeflächen. Konkret: Nachfrage

besteht von einzelnen Branchen häufig nach verkehrsgünstig gelegenen Flächen und mit der Möglichkeit, zusätzlich auf Optionsflächen für zukünftige Erweiterungen zurückgreifen zu können.

Zur Deckung dieser Gewerbeflächen-nachfrage ist ein Flächenmanagement erforderlich, das neben der Revitalisierung von Altstandorten auch die Komplettierung und qualitative Aufwertung bestehender Industrie- und Gewerbestandorte sowie die Neuerschließung von Flächen beinhaltet. Insbesondere der Bereitstellung großer zusammenhängender Industrieflächen kommt eine strategische Bedeutung zu, ein Angebot, das letztlich nur über die Erschließung neuer Standorte realisiert werden kann.

Daher ist die weitere Entwicklung der wirtschaftsnahen Infrastruktur trotz rückläufiger Mittelausstattung für den Wirtschaftsstandort Thüringen von zentraler Bedeutung. Das wird auch von den Autoren des Trendatlas und der aktuellen EFRE-Halbzeitevaluierungsstudie betont. Notwendige Flächenerweiterungen sind einerseits im Rahmen der Bestands-sicherung vorzunehmen. Andererseits sind Flächen mit besonderen Profilen neu zu erschließen, um in Thüringen wettbewerbsfähige Angebote für Neuansiedlungen bereitstellen zu können.

Die Thüringer Landesregierung hat mit der Großflächeninitiative bereits auf die aktuellen Nachfragetendenzen reagiert. Durch die Entwicklung und Vermarktung von zunächst fünf verkehrsgünstig gelegenen Standorten soll der sich abzeichnende Bedarf der kommenden Jahre gedeckt werden.

Bei einem derzeit guten Belegungsgrad von knapp 80 % der geförderten Gewer-

beflächen sind rein rechnerisch zwar noch 20 % freie Kapazitäten vorhanden. Die heute absehbare Flächennachfrage übersteigt aber bereits dieses noch vorhandene Angebot. Daher wird auch in den kommenden Jahren eine Bereitstellung zusätzlicher Gewerbeflächen unerlässlich bleiben.

Selbstverständlich muss die Flächeninanspruchnahme im Einklang mit anderen Zielen des Landes, bspw. den Anforderungen an eine nachhaltige Entwicklung, stehen. Die Empfehlungen des Nachhaltigkeitsbeirats, den Flächenverbrauch in Thüringen auf „Netto Null“ zu senken, stehen den wirtschaftspolitischen Entwicklungszielen des Landes aber offensichtlich entgegen. Sie gefährden eine Umsetzung der im Koalitionsvertrag verankerten Großflächeninitiative. Die Aufnahme des „Netto Null“-Ziels in Landesplanung und Baurecht hätte darüber hinaus negative Folgen (Verhinderung oder Verzögerung von Flächenerschließungen) für Investitionen in Thüringen.

Die Wahrscheinlichkeit der Vermarktung von Flächen, die bereits seit Beginn der 90er Jahre angeboten werden und bisher noch keinen Käufer gefunden haben, ist gering. Sofern bei diesen Flächen die Zweckbindungsfrist von 15 Jahren ausgelaufen ist, besteht keine förderrechtliche Bindung an die Nutzung als gewerbliche Ansiedlungsfläche mehr. Folglich können diese Flächen für alternative Projekte genutzt werden.

#### Diskussionspunkte:

- › Erhalt des Spielraums zur Erschließung wirtschaftspolitisch notwendiger Gewerbeflächen
- › Umnutzung nicht vermarktbare Gewerbeflächen

## 3.3 Breitbandförderung



Eine flächendeckende Versorgung Thüringens mit Breitbandanschlüssen und der Aufbau von leistungsfähigen Netzen sind wichtige Voraussetzungen für das weitere wirtschaftliche Wachstum in Thüringen. Unter anderem der „Trendatlas 2020“ empfiehlt daher, in Thüringen eine flächendeckende Breitbandversorgung sicherzustellen. Diese Empfehlung deckt sich mit dem Ziel der Thüringer Landesregierung, bis zum Jahr 2015 eine Versorgung aller Thüringer Regionen mit einer Übertragungsrate von mindestens 2 MBit/s zu gewährleisten.

Beim Breitbandausbau sieht sich das TMWAT in einer unterstützenden Rolle. Der intensive Wettbewerb auf dem Telekommunikationsmarkt hat zu Angeboten in vielen Regionen Thüringens geführt. Allerdings ist dies nicht flächendeckend der Fall. Wo ausreichende Marktlösungen für den jeweiligen Bedarf bei den gegebenen wirtschaftlichen, infrastrukturellen und topographischen Gegebenheiten auch unter Einbeziehung aller technologischen und wettbewerblichen Alternativen nicht zustande kommen – zumeist in Regionen des ländlichen Raumes –, sollen öffentliche Maßnahmen gezielt zum Einsatz kommen.

Derzeit stehen in Thüringen zwei Förderangebote zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur zur Verfügung. Mit Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK, federführend: TMLFUN)<sup>8</sup> wird

die Anbindung kleinerer Orte des ländlichen Raumes an das Breitbandnetz gefördert. Daneben unterstützt das TMWAT im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) Maßnahmen zur Verbesserung der Breitbandinfrastruktur (Errichtung oder Ausbau von Breitbandinfrastruktur) in Industrie- und Gewerbegebieten.

Seit Öffnung der GRW-Richtlinie im Jahr 2009 können sowohl nicht investive Projekte (wie Machbarkeitsstudien und Bedarfsuntersuchungen der Landkreise) als auch investive Maßnahmen zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur in Industrie- und Gewerbegebieten gefördert werden. Notwendige Voraussetzung für eine Fördermaßnahme ist der Nachweis, dass ohne Förderung kein Ausbau durch einen privaten Anbieter erfolgen würde. Dabei dient die Förderung der Schließung der Wirtschaftlichkeitslücke des privaten Breitbandanbieters. Wie in der GAK sind auch in der GRW in der Regel Gemeinden und Gemeindeverbände antragsberechtigt.

Das Förderangebot reichte indes nicht aus, um in Thüringen die Lücke in der Breitbandversorgung zu schließen. Bspw. ist eine Förderung im Rahmen der GAK auf Orte mit weniger als 10.000 Einwohnern beschränkt. In Thüringen gibt es im ländlichen Raum aber auch Orte mit mehr als 10.000 Einwohnern, die von privaten Anbietern nicht an das

Breitbandnetz angeschlossen wurden. Zudem entspricht eine Versorgung mit einer Übertragungsrate von 2 MBit/s mittlerweile lediglich der Grundversorgung. Bereits heute zeichnet sich die Notwendigkeit des Ausbaus mit schnelleren Anschlüssen ab.

Das TMWAT hat daher die beiden bestehenden Förderprogramme Anfang 2012 durch ein neues Instrument ergänzt, mit dem die Möglichkeit besteht, auch größere Kommunen und Projekte mit höherer Übertragungsrate zu fördern (Veröffentlichung und Inkrafttreten der entsprechenden Richtlinie am 9. Januar 2012).

Darüber hinaus wurde ein Förderangebot geschaffen, das es finanzschwachen Kommunen ermöglichen soll, die notwendige Kofinanzierung aufzubringen. Dazu wird von der TAB – ebenfalls seit Beginn des Jahres 2012 – ein eigenes Darlehensprogramm, das bei Bedarf neben der Kofinanzierung auch die Gesamtfinanzierung des Investitionsprojektes sicherstellen kann, angeboten.

<sup>8</sup> Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung – Teil B: Breitbandversorgung ländlicher Räume. Die Förderung erfolgt auf Grundlage der Förderrichtlinie Breitbandversorgung ländlicher Räume über das TMLFUN nur für Gemeinden bis 10.000 Einwohner. Die Antragsteller (Gemeinden oder –Verbände) müssen die Unterversorgung nachweisen, den Bedarf ermitteln, die im Landkreis und den an-

grenzenden Kreisen tätigen Anbieter zu deren Ausbauabsichten in den folgenden drei Jahren befragen sowie in einem Auswahlverfahren technologie-neutral den Betreiber auswählen, der die geringste Beihilfe beantragt. Zuwendungen unter 10.000 Euro und über 75.000 Euro werden nicht gewährt. Die Zuwendungsempfänger müssen mindestens 10 % der förderfähigen Kosten übernehmen.

## 3.4 Tourismusförderung



Die Tourismuswirtschaft ist für Thüringen ein wichtiger Wirtschaftszweig. Von Thüringer Tourismusbetrieben wird jährlich ein Bruttoumsatz i. H. v. rd. 3,3 Mrd. Euro erwirtschaftet. Rund 100.000 Personen sind im Thüringer Tourismus beschäftigt. Der Anteil der Leistungen der Tourismuswirtschaft an der Bruttowertschöpfung des Freistaates liegt bei 3 %. Die Tourismusförderung des Freistaates verfolgt das Ziel, die Zahl der Gäste und der Übernachtungen weiter zu steigern.

Voraussetzung für ein weiteres Branchenwachstum ist eine leistungsfähige touristische Infrastruktur. Dazu zählen neben öffentlichen Einrichtungen zur Förderung des Tourismus auch Tourismusprojekte, die der Weiterentwicklung des Tourismusstandortes Thüringen, der Auslösung positiver Arbeitsplatzeffekte sowie der Stärkung strukturschwacher Regionen dienen.

### 3.4.1 Instrumente der Tourismusförderung in Thüringen

Für die touristische Infrastrukturförderung stehen in Thüringen zwei Instrumente zur Verfügung, zum einen die Förderung im Rahmen der GRW-Richtlinie, Teil II „Förderung des Ausbaus der wirtschaftsnahen Infrastruktur“, und zum anderen das in der Richtlinie zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur in Thüringen (Landesprogramm Thüringen) beschriebene Förderangebot.

#### 1. Förderung im Rahmen der GRW-Richtlinie

Das vorrangige Ziel der GRW-Richtlinie ist die Förderung öffentlicher Basiseinrichtungen des Tourismus, die für die Leistungsfähigkeit und die wirtschaftliche Entwicklung von Tourismusbetrieben von unmittelbarer Bedeutung sind.

Dazu zählt neben dem Neu- und Umbau auch die Erweiterung bzw. Modernisierung sowie die Geländeerschließung von Tourismuseinrichtungen.

Das Förderangebot richtet sich an Einrichtungen, die zur Verbesserung der Infrastruktur in den Tourismusgebieten beitragen, den Erholungswert erhöhen, die Wirtschaftskraft stärken und Arbeitsplätze schaffen. Zudem muss sichergestellt sein, dass die Einrichtungen öffentlich zugänglich sind und überwiegend touristisch genutzt werden.

Antragsberechtigt sind in der Regel Gebietskörperschaften oder ein kommunaler Zweckverband, im Einzelfall auch juristische Personen. Im Zeitraum 2007 bis 2010 konnten im Rahmen der GRW insgesamt 84 Vorhaben der touristischen Infrastruktur (Gesamtinvestitionsvolumen rd. 63 Mio. Euro) mit einer Förderung in Höhe von rd. 53 Mio. Euro finanziell unterstützt werden. Der Förderschwerpunkt liegt u. a. auf dem weiteren Ausbau der radtouristischen Infrastruktur. Darüber hinaus werden Fördermittel für die Schaffung wintersporttouristischer und ganzjahrestouristischer Angebote sowie zum weiteren Ausbau der kurspezifischen Infrastruktur in den Kur- und Erholungsorten eingesetzt. Mit den geförderten Investitionen sollen die weitere touristische Profilierung und eine nachhaltige touristische Entwicklung in ausgewählten Tourismusregionen unterstützt werden.

#### 2. Förderung im Rahmen des Landesprogramms Tourismus

Ergänzt wird die GRW-Förderung durch das Förderangebot aus dem Landesprogramm Tourismus, mit dem nicht nur Tourismusprojekte, für die keine GRW-Förderung in Betracht kommt, sondern

auch interessante Vorhaben aus anderen Politikbereichen (z. B. Sport, Kultur) gefördert werden können. Dazu zählen bspw. identifikations- und imagebildende Projekte. Die geförderten Projekte sollen möglichst private Folgeinvestitionen auslösen.

Ziel ist, mit den geförderten Maßnahmen neue, marktgerechte Tourismusangebote, denen in Anlehnung an die Empfehlungen der Thüringer Landestourismuskonzeption eine besondere regionale Wirksamkeit zuerkannt werden kann, zu unterstützen. Die Förderung konzentriert sich dabei auf die einschlägigen Thüringer Tourismusgebiete, -orte und touristischen Städte.

Antragsberechtigt sind in der Regel Gebietskörperschaften oder deren Zusammenschlüsse, mitunter auch juristische Personen und Stiftungen. Der Regelfördersatz beträgt 70 % der förderfähigen Ausgaben. In begründeten Ausnahmefällen kann der Fördersatz bis zu 80 % der förderfähigen Ausgaben betragen.

In den Jahren 2007, 2008 und 2010 wurden mit dem Landesprogramm Tourismus insgesamt 14 Vorhaben (Gesamtinvestitionsvolumen rd. 3,3 Mio. Euro) mit einer Gesamtfördersumme in Höhe von rd. 2,1 Mio. Euro unterstützt.

### 3.4.2 Herausforderungen der Tourismusförderung in Thüringen

#### 1. Förderung im Rahmen der GRW-Richtlinie

Die Infrastrukturförderung im Rahmen der GRW leistet einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Tourismuswirtschaft in Thüringen. Das Instrument deckt ein breites Spektrum touristischer Infrastrukturinvestitionen ab.



Die Förderschwerpunkte entsprechen weitgehend den Empfehlungen der Landestourismuskonzeption Thüringen 2011–2015.

Die infrastrukturellen Investitionserfordernisse im Thüringer Tourismus bestehen in Zukunft vor allem in der Modernisierung, der Aufwertung und dem Umbau vorhandener Infrastrukturen, um damit weiterhin ein attraktives und zeitgemäßes touristisches Angebot vorhalten und den gestiegenen Anforderungen potenzieller Besucher gerecht werden zu können. Daher wird sich die GRW-Förderung auf die Qualitätsverbesserung der

touristischen Infrastruktur in Thüringen konzentrieren.

#### Diskussionspunkt:

- › stärkere Konzentration der GRW-Förderung auf Investitionen, die der Qualitätsverbesserung der touristischen Infrastruktureinrichtungen dienen

#### 2. Förderung im Rahmen des Landesprogramms Tourismus

Entsprechend den Empfehlungen der Landestourismuskonzeption Thüringen

2011–2015 ist beabsichtigt, das Landesprogramm im nicht investiven Bereich zu erweitern. Im Einzelnen soll Thüringer Tourismusakteuren mit der Förderung von Marketingprojekten und touristischen Konzepten sowie Kooperationsprojekten Unterstützung angeboten werden.

#### Diskussionspunkte:

- › Überarbeitung der Richtlinie zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur in Thüringen (Landesprogramm Tourismus)
- › Prüfung der Anhebung des Höchstfördersatzes auf 90 %



## 3.5 Förderung von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten



Zum Ausgleich von Standortnachteilen und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Thüringer Wirtschaft sind die über- bzw. außerbetrieblichen Bildungsstätten nach wie vor unverzichtbar. Die Förderung moderner Einrichtungen ist eine notwendige Voraussetzung für ein qualitativ hochwertiges und praxisnahes Aus- und Weiterbildungsangebot.

Bisher wurden die Errichtung oder der Ausbau von Einrichtungen der beruflichen Aus- und Fortbildung und der Umschulung sowie die Anpassung der Ausstattung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten gefördert.

### 3.5.1 Instrumente der investiven Förderung von außer- und überbetrieblichen Bildungsstätten

#### 1. Förderung im Rahmen der GRW-Richtlinie

Im Rahmen der GRW-Richtlinie sind die Errichtung oder der Ausbau von Einrichtungen der beruflichen Aus- und Fortbildung sowie der Umschulung förderfähig. Im Rahmen der Richtlinie wurden im Zeitraum 2007–2010 elf Projekte mit insgesamt 31 Mio. Euro bezuschusst.

#### 2. Förderung im Rahmen des Landesprogramms

In der laufenden Strukturfondsförderperiode bis 2013 stehen aus dem Landesprogramm für die investive Förderung von Bildungsstätten insgesamt 5,6 Mio. Euro zur Verfügung. Circa 3,2 Mio. Euro können noch aus EFRE- und Landesmitteln bewilligt werden. 31 Maßnahmen wurden seit 2007 mit 2,4 Mio. Euro EFRE-Fördermitteln unterstützt. Der Freistaat Thüringen beteiligte sich mit 0,8 Mio. Euro Landesmitteln an den Zuschüssen

zur Anschaffung und Modernisierung der Ausstattung von überbetrieblichen Bildungsstätten.

### 3.5.2 Herausforderungen der investiven Förderung von außer- und überbetrieblichen Bildungsstätten

Im Rahmen der Strategie Europa 2020 wurden als strategische Ziele die Verwirklichung von lebenslangem Lernen und Mobilität, die Verbesserung der Qualität und Effizienz der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie die Förderung von Innovationen und Kreativität auf allen Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung festgelegt. Beim Umbau der Europäischen Union in eine Wissensgesellschaft übernimmt die allgemeine und Berufliche Bildung eine Schlüsselrolle.

#### 1. Förderung im Rahmen der GRW-Richtlinie

Der künftige Förderschwerpunkt der investiven Förderung soll auf der Modernisierung und Erweiterung bestehender Einrichtungen liegen, um deren Leistungsfähigkeit zu erhalten und sie an die sich ständig verändernden Rahmenbedingungen anzupassen. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels müssen vorhandene Kapazitäten intensiver genutzt werden und ein überregional gefragtes Angebot bereitstellen. Daher wird die Förderung des Baus von Wohnheimen für Auszubildende an Bedeutung gewinnen.

Für neue Kapazitäten an neuen Standorten gibt es indes keinen Bedarf mehr. Das entspricht sowohl den Empfehlungen der GRW-Evaluierung als auch der Auffassung der Thüringer Kammern. Die Förderrichtlinie zur GRW-Infrastruktur wird entsprechend angepasst.

#### 2. Förderung im Rahmen des Landesprogramms

Angesichts des demographischen Wandels werden die Bündelung von Kapazitäten und eine räumliche Konzentration von Bildungsangeboten notwendig. Bei der Weiterentwicklung der Förderpolitik wird berücksichtigt, dass bei rückläufiger außerbetrieblicher Ausbildung die betrieblichen Ausbildungsplätze und die erwarteten Schulabgängerzahlen konstant bleiben. Gegenwärtig ist eine starke Nachfrage nach Ausbildungsplätzen von sogenannten Altbewerbern zu verzeichnen (d. h. von Bewerbern, die in den Vorjahren die Schule verlassen haben, aber nach wie vor einen Ausbildungsplatz suchen; gegenwärtig sind das 4.415 Jugendliche bzw. 43 % der Gesamtbewerber).

#### Diskussionspunkte:

- › Erhaltung der Funktions- und Leistungsfähigkeit der Bildungsstätten durch Anpassungs- und Modernisierungsmaßnahmen
- › Umnutzung von bereits bestehenden Bildungsstätten
- › räumliche Konzentration der Bildungsangebote
- › Ausbau der Kapazitäten nur noch in begründeten Einzelfällen
- › Kriterienprüfung für ein funktionsfähiges Monitoring
- › Bestandserhebung der geförderten Bildungsstätten und Entwicklung eines Landeskonzepthes als Basis für den weiteren Mitteleinsatz



## 3.6 Förderung der Technologieinfrastruktur



### 3.6.1 Förderziele

Das TMWAT ist bestrebt, die Innovationskraft und die Technologieintensität der Thüringer Wirtschaft zu steigern. Eine wichtige Aufgabe ist dabei, den Zugang von kleinen und mittleren Unternehmen zu Wissen und Technologie zu verbessern. Wissen und Technologie können insbesondere von den leistungsfähigen Forschungs- und Technologieeinrichtungen in Thüringen bereitgestellt werden. Das Angebot muss erhalten und bedarfsgerecht ausgebaut werden. Die Arbeit der Forschungseinrichtungen muss allerdings noch besser am Bedarf der Unternehmen ausgerichtet werden.

### 3.6.2 Förderung der Technologieinfrastruktur

Vom TMWAT werden die wirtschaftsnahen Thüringer Forschungseinrichtungen, Technologie- und Gründerzentren/Applikationszentren sowie Technologieinfrastrukturprojekte als Einzelmaßnahmen gefördert. Die Förderung erfolgt im Rahmen der Richtlinien zur Einzelbetrieblichen Technologieförderung und zur Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW).

#### 1. Förderung wirtschaftsnaher Forschungseinrichtungen

Mit der Richtlinie zur Einzelbetrieblichen Technologieförderung können Aufwendungen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie Investitionen zur Einführung neuester Technologien, d.h. Kosten/Ausgaben für Maschinen, Geräte, Ausrüstungen sowie immaterielle Wirtschaftsgüter, wirtschaftsnaher Forschungseinrichtungen gefördert werden. Zudem kann die Eingliederung einzelner wirtschaftsnaher Forschungseinrichtungen in die durch Bund und Länder

finanzierten Forschungsorganisationen (z. B. Fraunhofer Gesellschaft [FhG], Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. [WGL]) finanziell unterstützt werden (bspw. Eingliederung des ehemaligen HITK in das FhG-IKTS).

Die Förderung der technischen Ausstattung wirtschaftsnaher Forschungseinrichtungen wird flankiert von der Förderung baulicher Investitionen im Rahmen der GRW. Für diese Investitionen gelten die Förderkonditionen der Richtlinie zur Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für privatwirtschaftliche Unternehmen. Der maximale Fördersatz liegt bei derzeit 50 %.

#### 2. Förderung von Technologie- und Gründerzentren/Applikationszentren

Die Förderung von Technologie- und Gründerzentren/Applikationszentren erfolgt in Thüringen ebenfalls sowohl im Rahmen der GRW-Infrastruktur als auch der Einzelbetrieblichen Technologieförderung.

Die Errichtung oder der Ausbau von Gewerbezentren, die kleinen und mittleren Unternehmen Räumlichkeiten für einen Zeitraum von fünf (in Ausnahmefällen bis zu acht) Jahren zur Verfügung stellen, sind aus der GRW-Infrastruktur förderfähig. Angesichts ausreichender Kapazitäten wurden im Zeitraum 2007–2010 keine neuen Projekte gefördert.

#### 3. Infrastrukturprojekte als Einzelmaßnahmen

Im Rahmen der Einzelbetrieblichen Technologieförderung werden darüber hinaus infrastrukturelle Einzelprojekte, die für den Freistaat von besonderer Bedeutung sind, finanziell unterstützt. Zu den infrastrukturellen Einzelprojekten

zählt auch das Thüringer Innovationszentrum Mobilität (ThIMo), ein Projekt an der Technischen Universität (TU) Ilmenau, das vom TMWAT mit einer Anschubfinanzierung für projektbezogene Personal- und Sachausgaben sowie projektbezogene Investitionen i. H. v. ca. 8,3 Mio. Euro gefördert wird. Das TMBWK, die TU Ilmenau und die LEG werden die baulichen Voraussetzungen für das ThIMo schaffen. Das Anwendungszentrum Fertigungstechnik, ein weiteres Einzelprojekt, befindet sich derzeit in der Projektierungsphase. Mit der Realisierung des Vorhabens soll 2012 begonnen werden.

### 3.6.3 Herausforderungen und Handlungserfordernisse – Förderung der Technologieinfrastruktur

#### 1. Förderung wirtschaftsnaher Forschungseinrichtungen

Bei der Förderung nichtwirtschaftlicher Tätigkeiten wirtschaftsnaher Forschungseinrichtungen nach der Richtlinie zur Einzelbetrieblichen Technologieförderung soll in Ausnahmefällen der maximale Fördersatz von 70 % (bzw. 90 %) auf 95 % der zuwendungsfähigen Kosten bzw. Ausgaben erhöht werden.

Bei der Förderung im Rahmen der GRW werden wirtschaftsnaher Forschungseinrichtungen als privatwirtschaftliche Akteure angesehen, was weitaus geringere Fördersätze zur Folge hat. Aber auch hier wird eine Anhebung der Fördersätze angestrebt.

#### Diskussionspunkt:

- › Überprüfung der Fördermöglichkeiten für wirtschaftsnaher Forschungseinrichtungen im Rahmen der GRW (Bereich: Einzelbetriebliche GRW-Förderung)

## 2. Förderung von Technologie- und Gründerzentren/Applikationszentren

Zukünftig werden für die Einzelbetriebliche Technologieförderung weniger Mittel zur Verfügung stehen. Es wird darüber nachgedacht, die Förderung von Kaltmietfreistellungen in Technologie- und Gründerzentren einzustellen. Allerdings liegen hierzu divergierende Gutachten-ergebnisse vor. Während der „Trendatlas 2020“ eine Ausweitung der Kaltmietfreistellung befürwortet, empfehlen die Gutachter der GRW-Evaluierung die Abschaffung des Fördertatbestandes.

Darüber hinaus müssen auch die im Rahmen der GRW-Förderung zur Verfü-

gung stehenden Mittel effektiver eingesetzt werden. Angesichts der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte erscheint eine maßgebliche Absenkung der Fördersätze nicht möglich. Vielmehr wird eine stärkere Konzentration der Förderung, verbunden mit einer Reduzierung der Förderfälle, erforderlich werden. Denkbar wäre, die Förderung von Technologie- und Gründerzentren/Applikationszentren für technologieorientierte bzw. wissensbasierte KMU an Hochschulstandorten (einschließlich Standorten von Berufsakademien) zu konzentrieren.

Zudem sollte sich die Definition von „innovativen Wirtschaftszweigen“ in

der GRW-Richtlinie künftig an den in der Veröffentlichung „Innovationsindex – Thüringen im Vergleich der europäischen Regionen“ identifizierten Hochtechnologie- und wissensintensiven Dienstleistungsbranchen orientieren.

### Diskussionspunkte:

- › Der Fördertatbestand „Kaltmietfreistellungen für junge, technologieorientierte KMU in Technologie- und Gründerzentren“ sollte überprüft werden
- › Überprüfung der Definition „innovative Wirtschaftszweige“ im Rahmen der GRW-Infrastrukturförderung

## 3.7 Förderung des Ausbaus der erneuerbaren Energien (1000-Dächer-Photovoltaik-Programm)

Die Thüringer Landesregierung hat sich in ihrer Koalitionsvereinbarung zum Ziel gesetzt, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen. Die Strategie zur Umsetzung dieses Ziels wurde mit dem im Juni 2011 verabschiedeten Eckpunktepapier „Neue Energie für Thüringen“ festgelegt. Zur Erreichung der Zielsetzung, den Stromverbrauch in Thüringen bis zum Jahr 2020 zu 45 % über erneuerbare Energieträger zu decken, hat das TMWAT Maßnahmen zur intensiveren Nutzung erneuerbarer Energieträger entwickelt.

Bestandteil dieser Maßnahmen ist das bereits im Koalitionsvertrag vereinbarte 1000-Dächer-Photovoltaik-Programm, dessen Richtlinie zum 1. Juli 2010 in Kraft getreten ist. Das 1000-Dächer-Photovoltaik-Programm soll Kommunen und Landkreise bei der Erfüllung ihrer von der EU-Kommission in der Erneuerbare-Energien-Richtlinie festgelegten Vorbildwirkung in Bezug auf Investitionen in erneuerba-

re Energien unterstützen. Während im Wärmebereich mittlerweile das Europarechtsanpassungsgesetz (Mai 2011) in Kraft getreten ist, besteht für den Strombereich noch Handlungsbedarf. Hier leistet das 1000-Dächer-Photovoltaik-Programm durch die finanzielle Unterstützung kommunaler Photovoltaikinvestitionen in Thüringen einen wichtigen Beitrag, die Stromproduktion aus Photovoltaikanlagen zu erhöhen.

Gefördert werden Investitionsprojekte von Thüringer Gebietskörperschaften, von deren Eigenbetrieben und Zweckverbänden, kommunalen Unternehmen, gemeinnützigen Organisationen und von Kirchen, die der Errichtung von Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung auf Dächern, Fassaden und baulichen Anlagen dienen.

Der Zuschuss beträgt 20 % der förderfähigen Kosten für die Anschaffung und Installation der PV-Anlage nebst erforder-

lichem Zubehör und Anschlusskosten. Der maximal mögliche Zuschuss beträgt 100.000 Euro. Seit Beginn des Programms im Juli 2010 sind über 110 PV-Anlagen mit einer Leistung von insgesamt 4.400 kW<sub>p</sub> (Spitzenleistung der Anlage in Kilowatt Peak) gefördert worden.

Um eine bessere Öffentlichkeitswirksamkeit realisierter kommunaler PV-Projekte zu erreichen, wurde die Richtlinie in Bezug auf eine Visualisierung der PV-Erträge und auf Publizitätsanforderungen überarbeitet. Angesichts einer Rechnungshofprüfung wurden zudem bisherige Ausnahmeregelungen zur Förderhöhe abgeschafft.

### Diskussionspunkte:

- › Anpassung der Richtlinie hinsichtlich der Publizitätspflichten
- › Abschaffung von Ausnahmeregelungen bei den Fördersätzen

## 3.8 Beratungsangebote des TMWAT



### 3.8.1 Übersicht über Beratungsangebote des TMWAT

Eine wirkungsvolle öffentlich geförderte Beratung von Gründern, mittelständischen Unternehmen und Kommunen gehört neben der Finanzierungsförderung zu den zentralen Förderangeboten des TMWAT. Das TMWAT hat in den letzten Jahren Beratungseinrichtungen geschaffen, die spezifische Beratungsleistungen anbieten (siehe Tabelle 4). Solche Beratungsleistungen sind beispielsweise für innovative Gründer erforderlich.

Angesichts rückläufiger Mittelausstattung wird es zukünftig darauf ankommen, die bestehenden Beratungsangebote besser aufeinander abzustimmen und durch eine Weiterentwicklung der Beratungseinrichtungen für die infrage kommenden Zielgruppen transparent zu machen.

### 3.8.2 Clustermanagement

Für 2012 ist geplant, neue Strukturen zur Verbesserung und Professionalisierung des Clustermanagements zu etablieren. Ziel ist die Entwicklung der im Trendatlas für Thüringen identifizierten Wachstumsfelder. Hierfür ist es erforderlich, die im Land vorhandenen Akteure, Ressourcen und Kompetenzen besser zu vernetzen sowie die weitere Clusterentwicklung durch gemeinsam getragene Entwicklungskonzepte (Roadmaps) voranzubringen.

Mit den neuen Strukturen soll die Arbeit der Netzwerke als Kernakteure in den Clustern ergänzt und unterstützt sowie die Aktivitäten der verschiedenen Akteure koordiniert werden. Zentraler Baustein der neuen Strukturen soll eine Koordinierungsstelle für das Clustermanagement bei der LEG sein.

### 3.8.3 ThEGA

Im zweiten Halbjahr 2010 wurde die Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur (ThEGA) als ein zentrales Kompetenz-, Beratungs- und Informationszentrum für erneuerbare Energien, Energieeffizienz und grüne Technologien eingerichtet. Die ThEGA informiert und berät Unternehmen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen, Kommunen und Verwaltungen sowie private Verbraucher in Fragen rund um die Themen erneuerbare Energien, Energie- und Ressourceneffizienz sowie GreenTech.

In der unten aufgeführten Tabelle werden die bestehenden Einrichtungen der Beratungsinfrastruktur des TMWAT, die über die Landesgesellschaften hinausgehen, aufgelistet.

Name	Beschreibung	Kapitel
<b>ThEGA – Thüringer Energie- und Green-Tech-Agentur</b>	Zentrales Kompetenz-, Beratungs- und Informationszentrum für die Bereiche Energie und GreenTech	Infrastruktur
<b>GWT – Beratungsnetzwerk Gründen und Wachsen in Thüringen</b>	Lotse für vielfältige Unterstützungs- und Beratungsleistungen für Gründer und KMU	Investition
<b>ThürInG – Thüringer Netzwerk für Innovative Gründungen</b>	Initiative zur Beratung und zum Coaching von innovativen Gründungen aus Hochschulen heraus	Investition
<b>ThAFF – Thüringer Agentur für Fachkräftesicherung</b>	Marketingeinrichtung für den Ausbildungs-, Studien- und Beschäftigungsstandort Thüringen	Integration
<b>ThAK – Thüringer Agentur für die Kreativwirtschaft</b>	Modellprojekt; Dienstleister der Thüringer Kreativwirtschaft	Investition
<b>ThiMo – Thüringer Innovationszentrum Mobilität</b>	Kompetenzzentrum für nachhaltige Mobilität zur Förderung des Technologietransfers	Innovation
<b>Clustermanagement</b>	Geplante Struktur zur Verbesserung und Professionalisierung des Clustermanagements	Infrastruktur
<b>Thüringen-International</b>	Beratung von Unternehmen zur Erschließung von Exportmärkten	Internationalisierung

Tabelle 4: Übersicht über die Beratungseinrichtungen des TMWAT



# Internationalisierung: Außenwirtschafts- förderung des TMWAT



4

## 4.1 Grundlagen der Außenwirtschaftsförderung

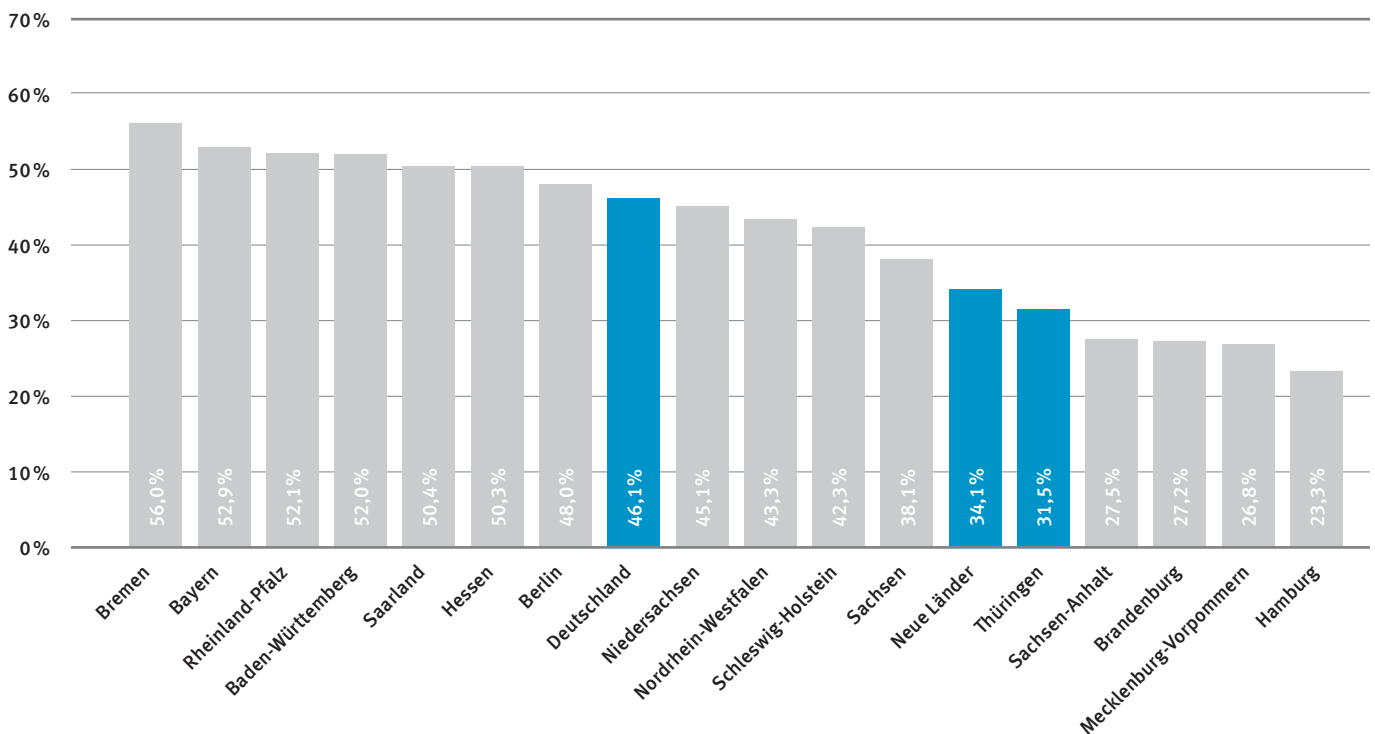
Die Öffnung der Märkte hat in den letzten Jahrzehnten zu einer dynamischen Entwicklung des weltweiten Außenhandels geführt. Die sich intensivierende weltweite Arbeitsteilung bietet Unternehmen immer weitreichendere Handlungsspielräume für internationale Aktivitäten. Auch die Unternehmen in Thüringen müssen diese Chancen nutzen und sich in zunehmendem Maße auf ausländischen Märkten engagieren, um an der dynamischen Entwicklung partizipieren zu können.

Obwohl der Außenhandel in den letzten Jahren mehr und mehr zum Motor der wirtschaftlichen Entwicklung geworden und die Exportquote der Thüringer Wirtschaft deutlich angestiegen ist (jährliches Wachstum seit 2000: 9,3 %, besteht auch zwanzig Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung noch ein enormer Nachholbedarf (siehe Grafik). Mit einer Exportquote von rund 31,5 % im Jahre 2010 zeigten die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in Thüringen eine im deutschlandweiten Vergleich

(Exportquote Deutschlands 2010: 46,1 %) deutlich unterdurchschnittliche Außenorientierung.

Verschiedene empirische Untersuchungen<sup>9</sup> zeigen, dass die geringeren Exportquoten in den neuen Ländern – und somit auch in Thüringen – vorwiegend auf die kleinteilige Betriebsgrößenstruktur zurückzuführen ist. Die Unternehmen besitzen oftmals nicht die notwendigen Kapazitäten zur Erschließung internationaler Märkte.

Abbildung 7: Exportquoten des Verarbeitenden Gewerbes der Bundesländer (in %) 2010



<sup>9</sup> Vgl. bspw. ifo Dresden (2008) „Bestimmungsfaktoren der Unterschiede einzelbetrieblicher Exportaktivitäten in Ost- und Westdeutschland“, 1/2008, oder Prognos AG Berlin (2009) „Chancen und Hindernisse von Auslandsstrategien ostdeutscher Unternehmen“.



## 4.2 Außenwirtschaftsförderung in Thüringen



Vor dem Hintergrund der nach wie vor existierenden strukturellen Hemmnisse für eine Beteiligung der Thüringer Unternehmen am dynamischen Außenhandel muss die Förderung der Internationalisierung eine der Aufgaben der Wirtschaftspolitik bleiben. Steigende Exporte tragen maßgeblich dazu bei, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in Thüringen zu sichern bzw. zu erhöhen. Die Ausgestaltung der Wirtschaftsförderung muss dabei insbesondere der in Thüringen vorherrschenden Betriebsgrößenstruktur Rechnung tragen.

Ziel der Außenwirtschaftsförderung in Thüringen ist somit, KMU-typische Defizite bei der Erschließung internationaler Märkte abzubauen. Unter Beachtung der unterschiedlichen Exportquoten und der Erfahrungen auf internationalen Märkten soll die Außenwirtschaftsförderung zukünftig eine vorwiegend auf Wachstumsbranchen und Wachstumsmärkte konzentrierte projektgebundene Hilfeleistung anbieten. Ergänzend können

Unternehmen bei der Erschließung der von ihnen gewählten Zielmärkte auf individuelle Informationen, auf Beratungsleistungen und ggf. auch auf finanzielle Unterstützung zurückgreifen.

Für die Thüringer Unternehmen sind vermarktungsfähige Außenauftritte in Form von Internetauftritten und Unternehmenspräsentationen (Publikationen) in Fremdsprachen sowie gemeinsame und einzelbetriebliche Beteiligungen an deutschen und internationalen Fachmessen wichtige Voraussetzungen für die Erschließung ausländischer Märkte.

Die Richtlinie der derzeit geltenden Förderkulisse wurde im Rahmen eines ausführlichen Diskussionsprozesses mit den relevanten Akteuren und auf der Basis der im April 2010 vorgestellten Außenwirtschaftskonzeption des TMWAT erarbeitet. Im Einzelnen umfasst die Außenwirtschaftsförderung des Freistaats Thüringen die folgenden drei Förderbereiche.

### 1. Förderung von Imagemaßnahmen

Mit diesem Angebot sollen vorwiegend KMU des Verarbeitenden Gewerbes sowie Architekten und Ingenieure bei der Neuerstellung von unternehmens- und produktspezifischen fremdsprachigen Prospekten und Katalogen sowie Internetauftritten in Fremdsprachen unterstützt werden. Dabei können die Unternehmen und Freiberufler bis zu dreimal jährlich einen Zuschuss von jeweils max. 50 % der förderfähigen Ausgaben (höchstens 3.500 Euro je Maßnahme; zudem gilt eine Bagatellgrenze von 2.000 Euro) erhalten.

### 2. Einzelbetriebliche Messeförderung

Mit diesem Instrument soll es insbesondere KMU des Verarbeitenden Gewerbes sowie Architekten und Ingenieuren ermöglicht werden, an internationalen Fachmessen im Ausland sowie unter bestimmten Voraussetzungen an internationalen Fachmessen in Deutschland teil-

zunehmen. Darüber hinaus ist eine Förderung von Teilnahmen an nationalen und internationalen Messen, Ausstellungen, Fachkongressen oder -symposien, die am Standort der Messe Erfurt GmbH stattfinden, möglich. Gefördert werden bis zu drei Veranstaltungsteilnahmen mit einem Zuschuss in Höhe von bis zu 50 % der förderfähigen Ausgaben (höchstens 10.000 Euro je Förderfall; die Bagatellgrenze von 2.000 Euro gilt hier ebenso).

### 3. Gemeinschaftliche Beteiligungen auf Messen

Die Maßnahme umfasst die Unterstützung von Firmen-Gemeinschaftsausstellungen, Informations- oder Katalogausstellungen bzw. Service-Zentren auf internationalen oder nationalen Messen sowie Ausstellungen oder Sonderschauen. Darüber hinaus ist eine Förderung der Vorbereitung und Durchführung von nationalen und internationalen Messen, Ausstellungen, Fachkongressen oder -symposien, die am Standort der Messe Erfurt GmbH stattfinden, möglich. Zuwendungsempfänger dieser Fördermaß-

nahme sind LEG, Thüringer IHKs, VWT, Architekten- und Ingenieurkammer Thüringens sowie die Thüringer Netzwerkinitiativen. Für gemeinschaftliche Beteiligungen werden Zuschüsse in Höhe von bis zu 50 % der förderfähigen Ausgaben gewährt.

Für die Instrumente der Außenwirtschaftsförderung standen im Jahre 2011 1,5 Mio. Euro zur Verfügung. Da die Förderung in den kommenden Jahren ausschließlich über EFRE-Mittel finanziert wird, wird die Außenwirtschaftsförderung in der derzeitigen Form mit dem Auslaufen der Strukturfondsperiode im Jahr 2015 enden.

Flankiert werden die Instrumente der Außenwirtschaftsförderung des TMWAT durch die Unterstützungsangebote von „Thüringen-International“ der LEG. Diese Angebote werden auf die Bedürfnisse der Unternehmen zugeschnitten. Unternehmen mit relativ hoher Außenwirtschaftsaktivität und Exporterfahrung werden bei der Erschließung der Potenzialmärkte BRIC und Next Eleven<sup>10</sup>


unterstützt, während sich die Hilfestellung für Unternehmen mit eher geringer Außenwirtschaftsaktivität und Exporterfahrung auf die Erschließung der geografisch nahen Märkte, vorwiegend in der Europäischen Union, beschränkt. Dabei stehen in jedem Jahr ein BRIC-Staat, ein Next Eleven-Staat, ein west- sowie ein osteuropäischer Staat im Mittelpunkt der Aktivitäten. „Thüringen-International“ soll die vielfältigen Informationen über die Märkte bündeln, aufbereiten und den Unternehmen in geeigneter Form sowie mit geeigneten Mitteln zur Verfügung stellen. Zu den Angeboten von „Thüringen-International“ gehört auch die kostenfreie Beratung der Unternehmen.

#### Umsetzungsschritte:

- › intensivere Erschließung der Potenziale in den BRIC und Next Eleven-Staaten
- › bessere Vernetzung der Förderkultisse mit anderen Förderinstrumenten (bspw. des Technologiescouts)

<sup>10</sup> BRIC: Brasilien, Russland, Indien, China;

Next Eleven: Ägypten, Bangladesch, Indonesien, Iran, Mexiko, Nigeria, Pakistan, Philippinen, Südkorea, Türkei und Vietnam.



5

**Integration:**  
Arbeitsmarkt- und  
Berufsbildungsförderung  
des TMWAT



## 5.1 Einleitung

Die Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik in Thüringen soll zwei wesentlichen Ansprüchen genügen:

### (1) Integration

Sie soll integrativ wirken und sozial gestalten. Das heißt, vermeintlich leistungsschwache, benachteiligte oder Menschen mit Behinderung sind an den Arbeitsmarkt heranzuführen und möglichst in reguläre Beschäftigung zu bringen. Auch für ältere Langzeitarbeitslose ist eine berufliche Integration anzustreben. Besonders Alleinerziehenden sowie Familien, in denen beide Elternteile arbeitslos sind, soll Teilhabe am Arbeitsleben und Erwerbseinkommen ermöglicht werden. Arbeitsmarktpolitik bedeutet in diesem Sinne nicht Verwaltung von Arbeitslosigkeit und Alimentierung der Betroffenen, sondern sie folgt einem sozialen und solidarischen Ansatz. Gute Arbeitsmarktpolitik wird auch nicht allein von ökonomischen Ansprüchen diktiert, sie erfordert Empathie für die soziale Lage der Betroffenen.

### (2) Qualifikation

Zeitgemäße Arbeitsmarktpolitik muss sich auf der anderen Seite gleichzeitig ökonomischen Herausforderungen stellen, insbesondere denen, die sich im Zuge des demographischen Wandels für den Thüringer Arbeitsmarkt und damit für die Deckung des Fachkräftebedarfs der Thüringer Unternehmen abzeichnen. Qualifizierung sowie Aus- und Weiterbildung sind Kernthemen der Fachkräftesicherung.

Bis zum Jahr 2030 wird der Freistaat Thüringen nach bisherigen Prognosen zum demographischen Wandel ungefähr ein Drittel seines Erwerbspersonpotenzials verlieren. Die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte verringert sich aufgrund der relativen Alterung der Bevölkerung dabei sogar stärker als die Bevölkerung insgesamt (Rückgang zwischen 15 und 20 %). Die Schulabgängerzahlen haben sich innerhalb von sieben Jahren auf mittlerweile ca. 14.000 mehr als halbiert.

Der Wirtschaft stehen deutlich weniger nachrückende junge Fachkräfte zur Verfügung als in der Vergangenheit. Demgegenüber prognostiziert die Thüringer Fachkräftestudie „Fachkräfteperspektive 2020“ bis zum Jahr 2020 eine Nachfrage nach 200.000 neuen Fachkräften in Thüringen – davon 180.000 Personen Ersatzbedarf und mindestens 20.000 Erweiterungsbedarf in Wachstumsbranchen.

Mit dem Aktionsprogramm „Fachkräftesicherung und Qualifizierung“ hat die Landesregierung die wichtigsten Handlungsfelder der Fachkräftesicherung abgesteckt. Entsprechende Maßnahmen in Abstimmung und Zusammenarbeit der Thüringer Akteure wurden eingeleitet. Anpassungen und Neuausrichtungen verschiedener Förderrichtlinien sind dabei bereits vorgenommen oder eingeleitet worden.

Die jüngere Entwicklung auf dem Thüringer Arbeitsmarkt zeigt, dass mit dem demographischen Wandel aber auch Chancen verbunden sind. Arbeitsmarkt-

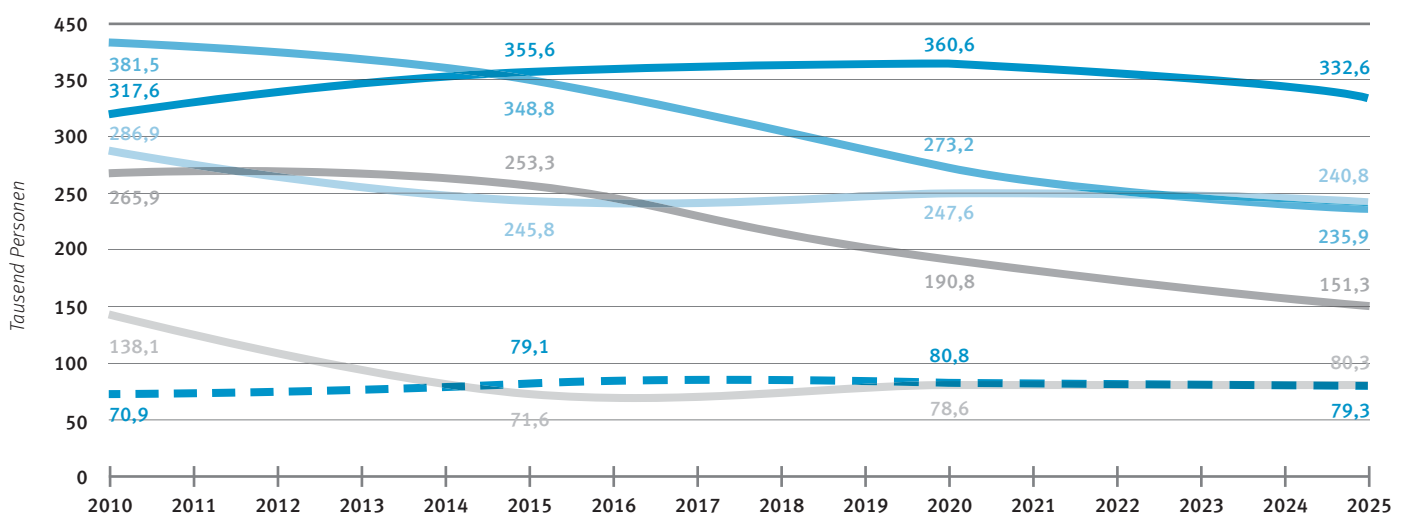


Abbildung 8: Bevölkerungsentwicklung 2010–2025 nach ausgewählten Altersgruppen in Thüringen

■ 55–65 Jahre  
■ 45–55 Jahre  
■ 35–45 Jahre  
■ 25–35 Jahre  
■ 20–25 Jahre  
■ 15–20 Jahre

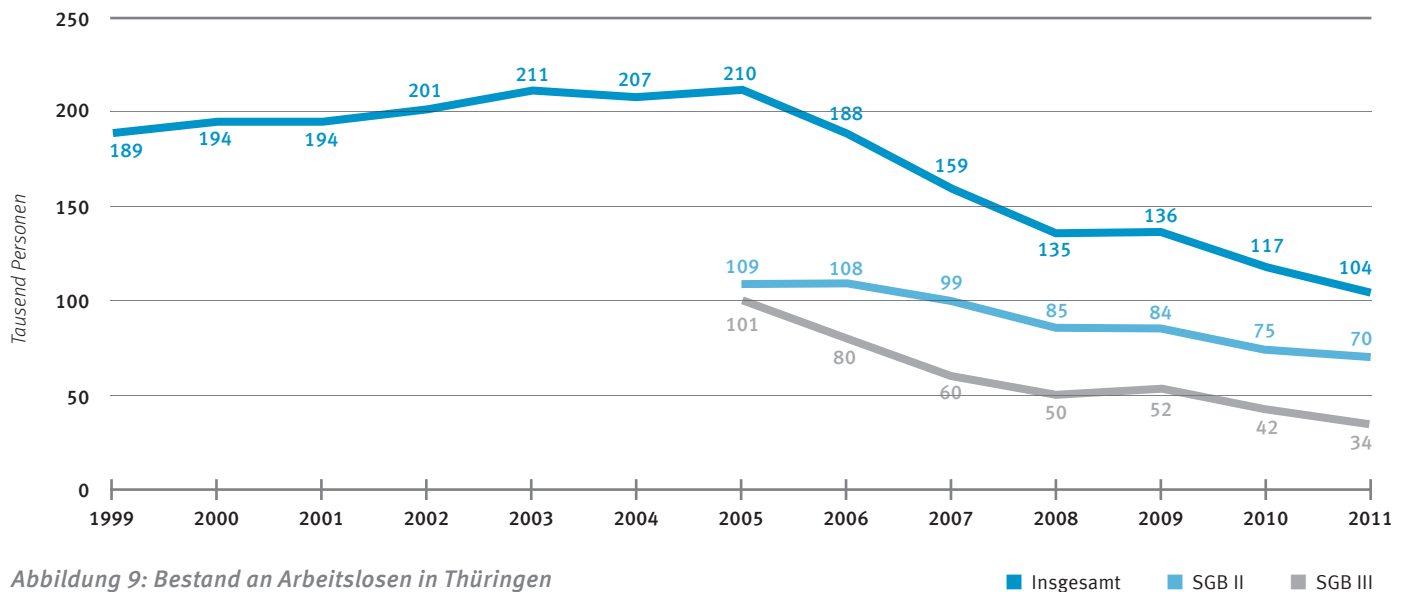


Abbildung 9: Bestand an Arbeitslosen in Thüringen

politik integrativ auszurichten, muss kein Widerspruch zur Deckung des Fachkräftebedarfs sein. Es ergibt sich vielmehr die Möglichkeit, zwei zentrale Ziele – die berufliche Integration auch der sogenannten schwierigeren Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik und die Bereitstellung von Fachkräften für die Unternehmen – gleichzeitig zu erreichen. Dafür muss das gesamte verfügbare Angebot an Arbeitskräften intensiv genutzt werden. Benachteiligte und leistungsschwächere Jugendliche sind auszubilden und beruflich zu integrieren, alternde Belegschaften lebensphasenorientiert zu qualifizieren und weiterzubilden. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Unternehmen müssen sich gleichzeitig auf sich immer schneller wandelnde ökonomische Bedingungen und eine längere berufliche Integration Älterer einstellen. Die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind weitere wichtige Handlungsfelder, um die bestehenden Ressourcen des Arbeitsmarktes nutzen zu

können. Im Zusammenspiel mit einer starken Wirtschaft können mit einer integrativen Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik die Potenziale des Arbeitsmarktes künftig möglicherweise deutlich besser als in der Vergangenheit ausgeschöpft werden.

Die Landesregierung hat verschiedene Programme zur Stärkung der Beschäftigungsfähigkeit und zur beruflichen Integration aufgelegt. Das im Jahr 2010 initiierte Landesarbeitsmarktprogramm „Arbeit für Thüringen und Zukunft Familie“ setzt regional an und eröffnet zahlreichen Thüringerinnen und Thüringern eine Brücke in die Beschäftigung. Der bisherige Erfolg des Landesarbeitsmarktprogramms zeigt, dass viele von Arbeitslosigkeit betroffene Thüringer auf dem Arbeitsmarkt eine Kultur der zweiten Chance benötigen. Neben Qualifizierung und Weiterbildung sind deshalb Hilfen zur Teilhabe am Arbeitsleben wichtige Zielsetzungen der Programme aus den Bereichen Arbeitsmarkt und Berufliche Bildung.

Gerade mit Blick auf die Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik ist eine abgestimmte Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit und den Jobcentern notwendig. Die gesetzlichen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit können vom Land gezielt ergänzt werden. Vor diesem Hintergrund richtet sich ein besonderes Augenmerk der ESF- und der Landesförderprogramme auf Unterstützungen zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit im Bereich SGB II.

In der Beruflichen Bildung gilt es, vor dem Hintergrund des sich verknappenden Angebots an Auszubildenden und der steigenden Qualifikationsanforderungen im Berufsleben das Matching von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt zu unterstützen. Die Förderung konzentriert sich deshalb u. a. auf die Heranführung benachteiligter und leistungsschwächerer Schüler an berufliche Ausbildung – beispielsweise über die unterstützenden Mentoren der Ausbildungsverbünde. Zugleich ist der stetig wachsende Qualifizierungsbedarf

bereits Beschäftigter zu decken. Dies kann zum Beispiel über den Weiterbildungsscheck individuell und in modularisierter Form unterstützt werden.

Die Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik des Landes muss sich auch auf sich wandelnde Rahmenbedingungen einstellen. Zum Jahresbeginn 2011 wurde der Bericht zur ESF-Halbzeitevaluierung vorgelegt. Eine Änderung des Operationellen Programms des ESF und damit verbundene finanzielle Anpassungen

zwischen den Prioritätsachsen sind unmittelbar danach notwendig gewesen und erfolgt. Im Ergebnis dieser Anpassungen können die wesentlichen geplanten Vorhaben der Förderung bis 2013 realisiert werden. Auch der Handlungsempfehlung der Halbzeitbewertung, die Integration und soziale Stabilisierung von Benachteiligten weiterhin zu unterstützen, kann gefolgt werden. Bis 2013 besteht damit Planungssicherheit. Eine umfangreiche Neugestaltung der Förderpolitik wird nach den bisheri-

gen Anpassungen im Zuge der Halbzeitevaluierung erst in der kommenden Förderperiode 2014 notwendig sein. Fördermittel müssen allerdings weiterhin effizient eingesetzt werden.

Im Folgenden wird eine systematisierte Darstellung und Bewertung der wesentlichen Förderprogramme des ESF und des Landes in den Bereichen Arbeitsmarktförderung und Förderung der beruflichen Bildung präsentiert.

## 5.2 Förderung der beruflichen und sozialen Integration von Arbeitslosen

### 5.2.1 Förderung der beruflichen Integration und Qualifizierung von Arbeitslosen zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit im Rahmen der Integrationsrichtlinie

Mit der Integrationsrichtlinie<sup>11</sup> steht dem Freistaat ein Förderinstrument zur Verfügung, das durch den Einsatz und die Kombination verschiedener Fördergegenstände die Stärkung der Beschäftigungsfähigkeit, die Erleichterung des Zugangs zur Beschäftigung und die Verbesserung der sozialen und beruflichen Integrationsmöglichkeiten zum Ziel hat.

Im Rahmen der Integrationsrichtlinie wurden in der laufenden Förderperiode des ESF (2007–2013) mit Stand vom 30. November 2011 651 Projekte mit ca. 42.800 Teilnehmern und einem Förder volumen von nahezu 178 Mio. Euro gefördert. Dies entspricht einem Anteil an der gesamten ESF-Förderung von über 28 %. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Aktionsfeld „Soziale Eingliederung von Benachteiligten durch Erhö-

hung der Beschäftigungsfähigkeit“ zu, auf das 39 % des bisherigen Mitteleinsatzes in der Integrationsrichtlinie entfallen. Der anhaltend hohe Bedarf in diesem Aktionsfeld führte zu einer Aufstockung des geplanten ESF-Mitteleinsatzes von 78,6 Mio. Euro auf 131,6 Mio. Euro.

Folgende Projekte bzw. Projektelemente können Gegenstand der Förderung sein:

- › Feststellung der beruflichen bzw. personalen Potenziale der Teilnehmer
- › Projekte der beruflichen Qualifizierung von Arbeitslosen
- › berufliche Integrationsprojekte zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie Projekte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- › Netzwerkaktivitäten und Netzwerkstrukturen sowie modellhafte Projekte mit Transfer- bzw. Multiplikatorenwirkung mit o. g. inhaltlichen Bezügen.

Die Bandbreite der vorgegebenen Fördergegenstände ermöglicht eine große Flexibilität in der Projektgestaltung. Viele Integrationsprojekte verlaufen nach einem Grundschemata mit drei Phasen, die bei Bedarf durch eine sozialpädagogische Begleitung ergänzt werden:

- (1) erweiterte Kompetenzfeststellung,
- (2) bedarfsgerechte Qualifizierung in homogenen Gruppen, gegebenenfalls unterstützt durch berufliche Praktika, sowie
- (3) Vermittlung in Beschäftigung.

Als Querschnittsziel der Integrationsförderung hat die Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern hervorgehobene Bedeutung. Daneben werden die weiteren Querschnittsziele „Einflussnahme auf die Auswirkungen des demographischen Wandels“ und nachhaltiger Umgang mit sozialen, ökonomischen und ökologischen Ressourcen berücksichtigt.

<sup>11</sup> Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und/oder des Freistaats Thüringen zur Verbesserung des Zugangs zur Beschäftigung und zur Förderung der beruflichen Integration vom 13.08.2007, Thüringer Staatsanzeiger Nr. 36/2007, S. 1719–1721.

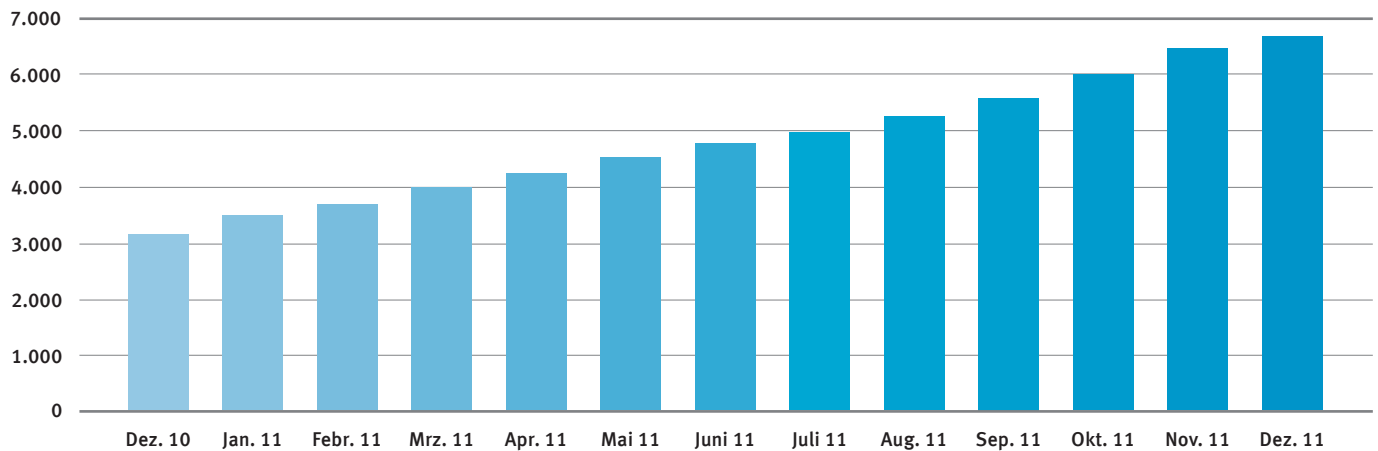


Abbildung 10: registrierte Teilnehmer an regionalen Integrationsprojekten des LAP (Dez. 2010–Dez. 2011)

In der vorliegenden Halbzeitbewertung des ESF werden die Relevanz und der hohe finanzielle und materielle Umsetzungsgrad der Integrationsförderung herausgestellt. Angesichts der positiven Arbeitsmarktentwicklung bei verfestigter „Sockelarbeitslosigkeit“ wird insbesondere auf die Notwendigkeit von niedrigschwelligen Angeboten der sozialen Teilhabe als Grundvoraussetzung für Beschäftigungsfähigkeit hingewiesen. Die soziale Verantwortung jedes Einzelnen, aber auch jedes Unternehmens ist hier gefragt. Der Fördergegenstand hat weiterhin hohe Bedeutung.

#### 5.2.2 Individuelle Integrationsbegleitung von Langzeitarbeitslosen und anderen Benachteiligten des Arbeitsmarkts im Rahmen des Landesarbeitsmarktprogramms (LAP), Programmteil „Arbeit für Thüringen“

Im Programmteil „Arbeit für Thüringen“ des LAP werden seit dem 1. August 2010 24 regionale Integrationsprojekte in

allen Thüringer Landkreisen und kreisfreien Städten gefördert. Die laufenden Projekte werden im Bewilligungszeitraum 01. Juli 2010 bis 30. Juli 2012 mit insgesamt ca. 12,5 Mio. Euro gefördert.

Insgesamt 83 Integrationsbegleiter kümmern sich um die Menschen, die vom „normalen“ Fallmanagement nicht oder nur unzureichend erreicht, motiviert und aktiviert werden. Die Integrationsbegleiter analysieren gezielt Vermittlungshemmnisse, planen gemeinsam mit den Betroffenen Schritte zu deren Abbau und unterstützen bei der Umsetzung. Die partnerschaftliche, vertrauensbasierte Ausrichtung des Programms macht Betroffene zu Beteiligten. Dieser Aspekt ist von entscheidender Bedeutung für die Akzeptanz und den Erfolg des Programms insgesamt. Im LAP ist eine im Vergleich zum Fallmanagement der Arbeitsverwaltung deutlich höhere Kontaktdichte zwischen Integrationsbegleitern und hilfebedürftigen Frauen und Männern möglich. So werden wich-

tige Voraussetzungen für eine nachhaltige Integration geschaffen, wenn nötig durch aufsuchende Arbeit, mit individuellen Förderplänen und mit ihrer schrittweisen Umsetzung.

Die Vermeidung von Doppelstrukturen ist eine zwingend einzuhaltende Förder Voraussetzung für die Integrationsprojekte. Deshalb werden vorhandene und neu geschaffene Angebote im Sinne eines sozialintegrativen Netzwerkes genutzt und der Aufbau von regionalen Beschäftigungspakten wird vorangetrieben. Im LAP wird das realisiert durch die Zusammenarbeit und Verzahnung mit den Angeboten aller in der Region für die berufliche Integrationsarbeit relevanten Einrichtungen: mit den Trägern und Projekten der Initiative TIZIAN („Thüringer Initiative zur Integration und Armutsbekämpfung – Nachhaltigkeit“), mit den Kompetenzagenturen des Bundes, den Familien- und Frauenzentren, den Mehrgenerationenhäusern, den kommunalen Anlaufstellen der Sozial-

Gesundheits- und Familienhilfe, den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe und mit den Vermittlungsfachkräften und Fallmanagern der Grundsicherungsstellen.

Die Integrationserfolge sind im Hinblick auf die Zielgruppenproblematik beachtlich: Mit Stand vom 31. Dezember 2011 profitierten ca. 6.700 Hilfsbedürftige von der Unterstützung. 1.650 Personen konnten in eine Beschäftigung integriert wer-

den, 1.374 davon auf dem ersten Arbeitsmarkt. Weitere 242 Personen wurden in eine Ausbildung oder Schule vermittelt. Die regionalen Integrationsprojekte richten sich mit ihrer vertrauensbasierten individuellen Integrationsbegleitung insbesondere an arbeitslose Menschen, die aufgrund unterschiedlicher Beeinträchtigungen kaum erreicht werden. Die bisherigen Erfolge belegen die Wirksamkeit des Programms. Eine Fortfüh-

rung der erfolgreichen Projekte über den 30. Juni 2012 hinaus ist auch zur Sicherung der Kontinuität der Integrationsarbeit für die verbleibenden Teilnehmer unerlässlich. Dies soll durch eine Zusammenführung der regionalen Integrationsbegleitung mit den Instrumenten der ESF-kofinanzierten Integrationsrichtlinie erfolgen.

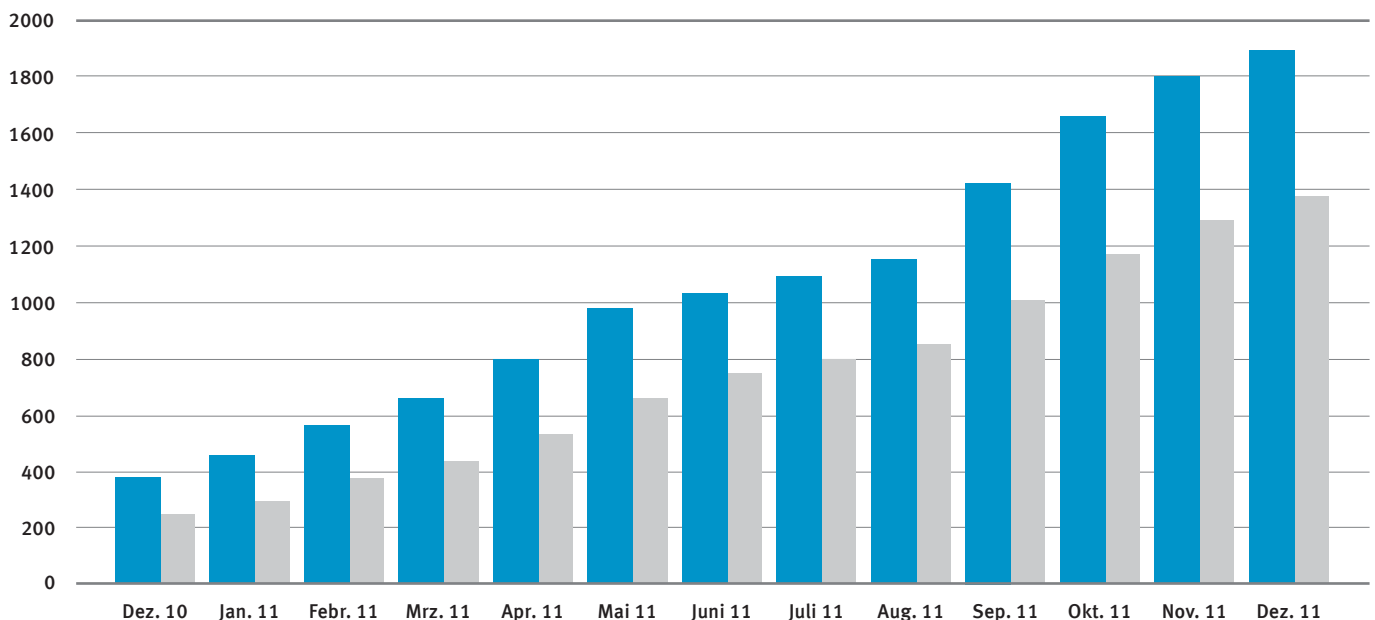


Abbildung 11: Integrationserfolge regionaler Integrationsprojekte des LAP (Dez. 2010–Dez. 2011)

■ Integrationen gesamt  
■ auf dem ersten Arbeitsmarkt

### Entwicklungsansätze:

Die Weiterentwicklung der Förderinstrumente zur sozialen und beruflichen Integration wird im Jahr 2012 durch folgende Maßnahmen erfolgen:

- › Weiterführung der bewährten Integrationsprojekte des LAP durch eine ergänzende ESF-Förderung
- › Ermöglichung langfristiger Förderstrategien für eine nachhaltige berufliche Integration von Benachteiligten durch aufeinander abgestimmte Instrumente
- › höhere Transparenz der Förderung durch Zusammenführung der relevanten Fördermöglichkeiten in einer Richtlinie
- › Vernetzung bestehender Angebote zur sozialen Teilhabe und beruflichen Inte-

gration unter Einbeziehung von lokalen Akteuren, kommunalen Einrichtungen und überregionalen Versorgungsträgern

Zur Realisierung dieser Ziele wurde mit der Erarbeitung und der Abstimmung einer neuen Integrationsrichtlinie begonnen, die im I. Quartal 2012 in Kraft treten soll und folgende Elemente enthalten wird:

- › projektbezogene Unterstützung der sozialen, gesellschaftlichen und beruflichen Teilhabe von arbeitslosen Personen mit besonders schwerwiegenden bzw. mehrfachen Beeinträchtigungen sowie von Familienbedarfsgemeinschaften
- › individuelle Integrationsbegleitung in regionalen Integrationsprojekten

- › Projekte zur beruflichen Qualifizierung
- › wohnort- bzw. sozialraumbezogene Projekte, die im Rahmen von Zielvereinbarungen mit relevanten lokalen bzw. regionalen Akteuren einen aktivierenden Beitrag zur sozialen Integration und zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit leisten

Die neue Förderrichtlinie sowie die im Folgenden noch thematisierte Richtlinie für Lohnkostenzuschüsse (LKZ) bilden die Säulen für ein weiterentwickeltes Programm „Arbeit für Thüringen und Zukunft Familie“, das aufeinander abgestimmte Elemente der Beschäftigungs- und Integrationsförderung vereint.



## 5.3 Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung von Arbeitslosen



### 1. Förderung der Beschäftigung von Arbeitslosen bis Oktober 2011

Von 2007 bis 2011 erfolgte die Förderung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in Thüringen über drei unterschiedliche Richtlinien bzw. Programme.

In der sogenannten Strukturrichtlinie<sup>12</sup> wurde die Förderung der Beschäftigungsaufnahme von Arbeitslosen mit einer Unterstützung von fachlich geeigneten Projekten mit „infrastrukturfördernder Wirkung“ kombiniert. In der laufenden Förderperiode wurden in Thüringen im Rahmen der Strukturrichtlinie insgesamt 59,4 Mio. Euro aus dem ESF zur Förderung von ca. 5.000 Beschäftigungsverhältnissen eingesetzt.

Die Richtlinie über die Gewährung von Einstellungszuschüssen<sup>13</sup> (ESZ-Richtlinie) für die Beschäftigung von älteren oder unterhaltspflichtigen Arbeitslosen mit Behinderung sowie von Personen mit einer registrierten Arbeitslosigkeit von mindestens sechs Monaten sah eine Lohnkostenförderung von 50 % (maximal 12.500 Euro), bei Menschen mit Behinderungen von bis zu 75 % (maximal 17.500 Euro) des Arbeitgeber-Bruttolohns vor. In der laufenden Förderperiode wurden in der ESZ-Richtlinie 26,4 Mio. Euro ESF-Mittel zur Förderung von ca. 3.250 Personen eingesetzt. Eine Antragstellung für diese Förderung war bis zum 24. Oktober 2011 möglich.

Der Programmteil „Zukunft Familie“ des LAP ermöglichte von Mai 2010 bis Oktober 2011 eine Beschäftigungsförderung von Personen aus sogenannten Familien-Bedarfsgemeinschaften. Hierzu zählen Familien mit Kindern, in denen beide Elternteile arbeitslos sind, und arbeitslose Alleinerziehende.

Über diese Förderung wurden 945 Personen der genannten Zielgruppe mit einem Mitteleinsatz von ca. 12 Mio. Euro in eine Beschäftigung integriert.

### 2. Neuausrichtung der Beschäftigungsförderung: Transparenz, Konzentration der Mittel, Verfahrensvereinfachung und Bindung an faire Bezahlung

Mit der Neuausrichtung der Beschäftigungsförderung im Oktober 2011 wurden folgende Ziele verbunden:

- › Verwaltungsvereinfachung und größere Transparenz der Förderung
- › Anpassung an die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt (Schwerpunkt: Bekämpfung struktureller, verfestigter Arbeitslosigkeit)
- › keine Förderung prekärer Beschäftigung, Absicherung eines angemessenen Eigenanteils der Antragsteller
- › Reduzierung von Mitnahmeeffekten, Erhöhung der Nachhaltigkeit und des Beitrags zur beruflichen Integration

› effizienterer Einsatz der verfügbaren Mittel

Die neue, durch den ESF kofinanzierte Richtlinie zur Beschäftigungsförderung ist am 25. Oktober 2011 in Kraft getreten. Die sogenannte LKZ-Richtlinie<sup>14</sup> ermöglicht die Begründung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen für auf dem Arbeitsmarkt besonders benachteiligte Personen, wie Langzeitarbeitslose, alleinerziehende Arbeitslose, Personen aus Familien, in denen beide Elternteile Arbeitslosengeld II beziehen, und ältere Arbeitslose mit Behinderung.

Die Förderung erfolgt sowohl für zusätzliche, im öffentlichen Interesse liegende, wettbewerbsneutrale als auch für erwerbswirtschaftlich ausgerichtete Arbeiten.

Gegenstand der Förderung sind auch Beschäftigungsprojekte im Rahmen von Regie- oder Vergabeprojekten mit strukturfördernder Wirkung, z. B. in den Bereichen Verbesserung der Infrastruktur, Erhaltung und Verbesserung der Umwelt, Erhöhung des Angebots bei den sozialen Diensten und in der Jugendhilfe, Erhöhung des Angebots im Breitensport und in der freien Kulturarbeit, Vorbereitung und Durchführung der Denkmalpflege und von strukturwirksamen städtebaulichen Maßnahmen einschließlich der Wohnumfeldverbesserung.

<sup>12</sup> Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und/oder des Freistaats Thüringen zur Förderung strukturwirksamer Beschäftigungsprojekte, letzte Fassung vom 28.06.2010, Thüringer Staatsanzeiger Nr. 30/2010, S. 1063–1065; außer Kraft getreten am 25.10.2011.

<sup>13</sup> Richtlinie über die Gewährung von Einstellungszuschüssen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds, letzte Fassung vom 26.02.2009, Thüringer Staatsanzeiger Nr. 12, S. 547–549, außer Kraft getreten am 31.12.2011.

<sup>14</sup> Richtlinie über die Gewährung von Lohnkostenzuschüssen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und/oder des Freistaats Thüringen im Rahmen des Programms „Arbeit für Thüringen und Zukunft Familie“ vom 05.10.2011, veröffentlicht am 24.10.2011 im Thüringer Staatsanzeiger Nr. 43/2011, S. 1423–1425.

Die Förderdauer beträgt bis zu zwölf Monate, bei Einstellung von Arbeitslosen mit einer anerkannten Behinderung sowie von Arbeitslosen mit einer gemeldeten Arbeitslosigkeit von mindestens zwei Jahren bis zu 18 Monate.

Bei einer Mitfinanzierung anderer Zuwendungsgeber, z. B. des Bundes oder der Kommunen, beträgt der monatliche Festbetrag zu den Personalausgaben des Arbeitgebers bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von mindestens 30 Stunden bis zu 500 Euro. Wenn eine Mitfinanzierung anderer Zuwendungsgeber nicht zustande kommt, beträgt die monatliche Förderung bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von mindestens 30 Stunden 900 Euro. Der Sozialversicherungsaufwand des Arbeitgebers kann in diesen Fällen zusätzlich mit 180 Euro pro Monat gefördert werden.

Mit der Bindung der Förderung an die Erfüllung wesentlicher Standards setzt die Richtlinie die Politik des Ministeriums fort, in Thüringen Arbeitsbedingungen zu schaffen, die sich an fairem Einkommen und guter Arbeit orientieren. Gleichzeitig wird ein Signal für einheitliche Löhne in Ost und West gesetzt.

Wesentliche Fördervoraussetzungen sind

- › die Zahlung des tarifvertraglich festgelegten Lohnes bzw. (bei fehlender Tarifbindung des Arbeitgebers) eines Stundenlohns von mindestens 8,33 Euro,
- › der Abschluss eines unbefristeten Arbeitsvertrags im erwerbswirtschaftlichen Bereich bzw.
- › der Nachweis des Nutzens für die berufliche Integration im gemeinwohlorientierten Bereich.

Die Förderung von Leiharbeitsverhältnissen wird in der Richtlinie ausgeschlossen. Leiharbeit kann zwar ein sinnvolles Mittel für eine flexible Personaldisposition von Unternehmen sein, ihre Förderung über Lohnkostenzuschüsse ist hingegen als Instrument für eine nachhaltige Integration von Problemgruppen des Arbeitsmarkts ungeeignet. Für die entleihenden Unternehmen entsteht durch die Förderung der Zeitarbeitsfirma kein Anreiz, Personen der genannten Zielgruppe einzustellen. Die Förderung würde somit lediglich die Lohnkosten der Zeitarbeitsfirma subventionieren, nicht jedoch der genannten Zielstellung dienen.

Mit der Zusammenfassung von bisher drei verschiedenen Richtlinien zur Beschäftigungsförderung sowie der Vereinfachung des Antrags- und Abrechnungsverfahrens schafft die LKZ-Richtlinie Transparenz und eine Entbürokratisierung des Verfahrens.

Die Konzentration der Förderung auf besonders benachteiligte Zielgruppen und die Bekämpfung verfestigter, struktureller Arbeitslosigkeit tragen der Entspannung auf dem Arbeitsmarkt Rechnung.

Die LKZ-Richtlinie unterscheidet sich damit in der Zielstellung, der inhaltlichen Ausrichtung und der regionalen Präsenz erheblich von dem Bundesprogramm „Bürgerarbeit“. Während in der LKZ-Richtlinie die Beschäftigungsförderung am Anfang eines Integrationsprozesses steht, ist sie in der Bürgerarbeit Resultat einer (vorerst) gescheiterten Aktivierung. Nur Personen, bei denen eine vorhergehende halbjährige Aktivierung nicht zur Vermittlung in eine Qualifizierung oder Beschäftigung geführt hat, wird von den Grundsicherungsstellen in bestimmten Modellregionen ein Bürgerarbeitsplatz

zugewiesen. Eine vorherige Aktivierung kann allerdings über das LAP und in Projekten der Integrationsrichtlinie erfolgen.

Eine Überschneidung mit der Förderung der Arbeitsverwaltung ist ebenfalls ausgeschlossen. Die Eingliederungshilfen der Bundesagentur für Arbeit zielen auf einen Nachteilsausgleich ab. Demgegenüber sind die Lohnkostenzuschüsse der LKZ-Richtlinie auf die Begründung von Beschäftigungsverhältnissen und eine nachhaltige Integration bestimmter Zielgruppen ausgerichtet. Sie ersetzen nicht die Eingliederungshilfen des Bundes, sondern ergänzen und erweitern diese in sinnvoller Weise.

Für die Beschäftigungsförderung der LKZ-Richtlinie werden bis zum Ende der Förderperiode ESF-Mittel in Höhe von mindestens 12,3 Mio. Euro bereitgestellt.

### Entwicklungsansätze:

Mit der Neuausrichtung der Beschäftigungsförderung wurde den Evaluationsergebnissen der ESF-Halbzeitbewertung und der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt Rechnung getragen. Änderungsbedarf darüber hinaus besteht derzeit nicht.



## 5.4 Existenzgründerförderung aus der Arbeitslosigkeit



Im Rahmen der ESF-kofinanzierten Existenzgründerrichtlinie<sup>15</sup> erhalten bisher arbeitslos gemeldete Personen, wenn sie durch Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit ihre Arbeitslosigkeit beenden wollen, einen Zuschuss zu den Unternehmensausgaben.

Bisher konnten mit 22,6 Mio. Euro 3.250 Gründer unterstützt werden. Bis zum Ende der Förderperiode stehen noch ca. 6,5 Mio. Euro zur Verfügung. Die Förderung beträgt pauschal 600 Euro pro Monat für die Dauer von bis zu zwölf Monaten. Voraussetzung ist die Vorlage einer befürwortenden Stellungnahme einer

fachkundigen Stelle zur Qualifikation des Gründers und zur Tragfähigkeit der Gründung. Eine Förderung erfolgt nur, wenn kein Anspruch auf den Gründungs-

zuschuss nach § 57 SGB III besteht. Die Evaluierungsergebnisse der ESF-Halbzeitbewertung bestätigen die Relevanz des Förderinstruments.

### Entwicklungsansätze:

Derzeit besteht kein Änderungsbedarf für die Existenzgründerrichtlinie. Angesichts knapper werdender finanzieller Ressourcen könnte für die kommende Förderperiode eine Umstellung von einer Zuschussförderung auf eine Darlehensförderung notwendig werden.

Bei einer Rückzahlung der Förderung in revolving Fonds würde theoretisch die Möglichkeit bestehen, ein Fondsvermögen aufzubauen und die Förderung zu verstetigen. Dem steht jedoch ein hoher Verwaltungs-, Prüf- und Betreuungsaufwand bei geringem Fördervolumen gegenüber.

Zu prüfen ist deshalb, ob eine Kombination von Zuschüssen und revolving Fonds eingerichtet werden sollte – möglicherweise mit einem Fokus auf strategisch gesetzte Ziele und ausgewählte Branchen.

<sup>15</sup> Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und/oder des Freistaats Thüringen zur Unterstützung beim Aufbau und der Sicherung junger Unternehmen vom 26.02.2009, Thüringer Staatsanzeiger Nr. 12/2009, S. 549–551.

## 5.5 Förderung praxisnaher Berufsorientierung und -vorbereitung



Vor dem Hintergrund des deutlichen Rückgangs an Schulabgängerinnen und Schulabgängern kommt es immer stärker darauf an, eine passgenaue Berufswahl und die Vorbereitung aller Jugendlichen auf die Arbeitswelt durch eine koordinierte Zusammenarbeit der Akteure in Schule, Übergangssystem und dualer Berufsausbildung zu ermöglichen.

Der Freistaat Thüringen fördert mit rund 10 Mio. Euro pro Jahr aus ESF- und Landesmitteln Projekte, die Jugendliche ab Klassenstufe 7 beim Übergang von der Schule in die berufliche Ausbildung begleiten. Für die Berufsvorbereitungsrichtlinie stehen bis 2013 insgesamt 63,5 Mio. Euro an ESF-Mitteln zur Verfügung.

Die Einführung verbindlicher Berufsorientierungskonzepte an allen allgemeinbildenden Schulen Thüringens ist Bestandteil des im Wirtschafts- und Innovationsrat beschlossenen Aktionsprogramms „Fachkräftesicherung und Qualifizierung“. Zur Umsetzung des Aktionsprogramms ist neben der Steuerungsgruppe der Landesregierung auf Staatssekretärschulebene eine Arbeitsgruppe zum Thema „Berufsorientierung“ unter Federführung des TMBWK einberufen worden.

Für die Abstimmung der Förderung und zur zielgerichteten Umsetzung von Maßnahmen und Projekten der praxisbezogenen Berufsorientierung und Berufswahlvorbereitung wurde ein Beirat aus Vertretern der sieben Thüringer Agenturen für Arbeit, der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt/Thüringen der Bundesagentur für Arbeit, der GFAW, des TMWAT und des TMBWK gegründet. Der Freistaat Thüringen muss verstärkt auf Maßnahmen setzen, die junge Men-

schen mit Entwicklungspotenzial praxisnah auf den Übergang von der Schule in den Beruf vorbereiten. Die Unternehmen müssen vor dem Hintergrund der sich verknappenden Fachkräftebasis erkennen, dass auch Schüler ohne Schulabschluss und Jugendliche mit noch ungenügender Ausbildungsreife Potenziale haben und Ressourcen für die Fachkräftesicherung sind. Diese Jugendlichen sollen an eine Berufsausbildung herangeführt werden. Mit der Förderung von Berufsorientierungs- und Berufsvorbereitungsmaßnahmen kann es gelingen, ihnen eine Perspektive in Thüringen aufzuzeigen und Beschäftigungspotenzial für die Thüringer Wirtschaft zu sichern.

Beispielsweise sollen Grundelemente des Konzeptes „BERUFSSTART plus“ nach dem Jahr 2014 Eingang in eine entsprechende Landesstrategie finden und zur Festschreibung von entsprechenden Regelleistungen für alle Schüler führen.

Durch eine stärkere Ausrichtung an der Arbeitswelt soll die Berufs- und Studienorientierung weiterentwickelt werden und somit der Übergang in die berufliche Ausbildung – entsprechend den Anforderungen der Wirtschaft – besser gelingen. Gleichzeitig dient der Ausbau der dualen Berufsorientierung der Bindung der Schulabgänger an die Heimatregion (Verminderung von Abwanderung).

Das Thema „Unterstützung der demokratischen Kultur in Thüringen“ wurde als ein neuer Fördergegenstand in die Berufsvorbereitungsrichtlinie mit aufgenommen. Nunmehr können auch Projekte zur Vermittlung von sozialen und interkulturellen Kompetenzen an allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen gefördert werden.

Mit der Umsetzung des Aktionsprogramms „Fachkräftesicherung und Qualifizierung“ sind flächendeckend standardisierte Berufsorientierungskonzepte als Regelleistung entwickelt und an allen allgemeinbildenden Schulen in Thüringen eingeführt worden. Die Berufsorientierungskonzepte sind seit Schuljahresbeginn 2011/2012 verbindlich. Darüber hinaus ist das Programm „BERUFSSTART plus“ fest in den Berufsorientierungskonzepten eingebunden – seine Finanzierung ist bis 2014 gesichert.

### Entwicklungsansätze:

Gegebenenfalls Einbinden von weiteren Fördermodulen in die Richtlinie – zum Beispiel aus dem Themenbereich des lebenslangen Lernens.



## 5.6 Förderung der beruflichen Erstausbildung



Seit 2007 wurden im Bereich der beruflichen Erstausbildung insgesamt 46 Mio. Euro bewilligt. Bis 2013 stehen für die berufliche Erstausbildung noch ESF-Mittel in Höhe von 58 Mio. Euro zur Verfügung.

### 5.6.1 Verbundausbildung

Die Verbundausbildung stößt seit ihrer Einführung im Jahr 1995 bei den kleinen und mittleren Unternehmen der Thüringer Wirtschaft auf große Resonanz. Die Vorteile der Verbundausbildung liegen in der gemeinsamen und damit kostengünstigeren Nutzung von Ausbildungskapazitäten, der möglichen Erfüllung der Ausbildungsvoraussetzungen auch in kleinen Betrieben und der Teilnahme spezialisierter Unternehmen an der Ausbildung in komplexen Berufsbildern. Damit wird eine Verbesserung der Ausbildungssituation und insbesondere der Qualität der Ausbildung erreicht.

In Thüringen gibt es 15 Ausbildungsverbünde. Zuschüsse zu Personal-, Sach- und Verwaltungsaufwendungen (Geschäftsförderung) erhalten 14 Ausbildungsverbünde. Im Jahr 2010 waren 2.870 Unternehmen als Mitglieder in den Ausbildungsverbünden registriert, darunter 59 Unternehmen, die erstmals ausbildeten. In den Unternehmen werden insgesamt 12.668 Jugendliche ausgebildet, davon 3.469 im ersten Lehrjahr.

Überbetriebliche Lehrgänge zur Ergänzung notwendiger Inhalte der betrieblichen Ausbildung und Lehrgänge zur Vermittlung von Zusatzqualifikationen für eine hohe Ausbildungsqualität werden weiterhin gefördert. Hauptaufgabe der Ausbildungsverbünde ist es, neben der Unterstützung der Unternehmen bei der betrieblichen Ausbildung,

diese Lehrgänge zu organisieren. Die Verbundausbildung fördert der Freistaat Thüringen jährlich mit rund 10 Mio. Euro, davon entfallen ca. 2 Mio. Euro auf eine Förderung der Geschäftsstellen.

Veränderungen der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen in Thüringen erfordern eine Neuausrichtung der Verbundausbildung. Der Fortbestand des Erfolgsmodells „Thüringer Ausbildungsverbünde“ soll durch die Erschließung neuer Aufgaben gesichert werden. Die in den vergangenen 15 Jahren erworbene Fachkompetenz und große Erfahrung in der Berufsausbildung sind eine gute Grundlage hierfür. Ein künftiges Aufgabengebiet wird die Betreuung von Jugendlichen mit „Vermittlungshemmnissen“ sein.

Sogenannte Mentoren unterstützen leistungsschwächere Jugendliche während ihrer betrieblichen Ausbildung in kleinen und mittleren Mitgliedsunternehmen der Ausbildungsverbünde. Damit soll insbesondere Haupt- und Regelschülern mit einem Notendurchschnitt ausreichend und schlechter der erfolgreiche Abschluss einer betrieblichen Ausbildung ermöglicht werden. Die Förderung erfolgt entsprechend einem festgelegten Personalschlüssel im Rahmen der Geschäftsförderung Thüringer Ausbildungsverbünde ab dem Ausbildungsjahr 2011/2012. Die Fortführung der Verbundausbildung wird auch von Unternehmen und Kammern befürwortet.

### 5.6.2 Förderung von „Insolvenzlehrlingen“

Mit dieser Förderung soll Thüringer Jugendlichen, die ihren Ausbildungsbetrieb durch Insolvenz verloren haben, die Fortsetzung ihrer Ausbildung ermög-

licht werden. Vorrang hat bei der Förderung eine Fortsetzung der Ausbildung in einem Unternehmen; in Ausnahmefällen kann die Förderung auch im Fall einer überbetrieblichen Ausbildung zur Verfügung gestellt werden. Für die Förderung werden jährlich rd. 100.000 Euro zur Verfügung gestellt.

### 5.6.3 Überbetriebliche Lehrunterweisungen im Handwerk

Die wachsende Bedeutung neuer Technologien und die zunehmende fachliche Spezialisierung machen in verstärktem Maße auch im Handwerk überbetriebliche Unterweisungen als Ergänzung der betrieblichen Ausbildung erforderlich. Die Qualität der Ausbildung sowie die Ausbildungsbereitschaft werden durch überbetriebliche Angebote für die Berufsausbildung gesteigert. Anerkannte Lehrgänge der Grund- und Fachstufe sowie der Stufenausbildung in Bauberufen werden von den Thüringer Handwerkskammern in ihren Bildungszentren durchgeführt. Jährlich werden diese Lehrgänge mit 2,5 Mio. Euro bezuschusst.

#### Entwicklungsansätze:

- › Stärkung der dualen (betrieblichen) Ausbildung als Basis zur Deckung zukünftigen Fachkräftebedarfs
- › Hinweis auf gesellschaftliche Wertschätzung und Zukunftsfähigkeit der Facharbeiterausbildung – Vermeiden von Abwanderung
- › Reduzierung vollzeitschulischer Ersatzangebote für Ausbildungsgänge, die auch im dualen System angeboten werden
- › Prüfung des Lehrgangsangebots im Hinblick auf zukünftige Fördernotwendigkeiten
- › Konzentration der Förderung auf kleine und mittlere Unternehmen



## 5.7 Förderung der beruflichen Weiterbildung



Der beruflichen Weiterbildung kommt für die Fachkräftesicherung eine Schlüssel-funktion zu. Mittels der Weiterbildungs-richtlinie werden insbesondere Projekte der betrieblichen Weiterbildung, der Bil-dungsberatung durch Qualifizierungsbe-rater sowie Netzwerke gefördert.

Die dafür in die Planung eingestellten ESF-Mittel umfassten für den Zeitraum von 2007 bis 2013 ursprünglich einen Betrag i.H.v. gut 75,5 Mio. Euro. Nach der aufgrund der Halbzeitbewertung erfolgten Änderung des Operationellen Programms liegt der für die Förderpe-

riode veranschlagte Betrag nunmehr bei 57 Mio. Euro. Davon sind inzwischen rund 30,2 Mio. Euro gebunden, so dass bis zum Ende der Förderperiode (31. De-zember 2013) noch rund 26,8 Mio. Euro zur Verfügung stehen.

Förderjahr	Gewährte Zuwendungen in T Euro	Anzahl der Teilnehmer insgesamt	Darunter weibliche Teilnehmer	
			Absolut	In %
2002	11.406	11.180	4.064	36,4
2003	11.030	12.735	4.522	35,5
2004	11.501	14.889	6.089	40,9
2005	11.869	15.475	6.317	40,8
2006	14.112	13.064	5.139	39,3
2007	9.062	9.357	4.116	44,0
2008	6.716	9.230	3.270	35,4
2009	6.675	12.287	4.955	40,3
2010	7.601	10.845	5.738	52,9

**Tabelle 5: Aufwendungen des Freistaats für den Bereich der beruflichen Weiterbildung 2002 bis 2010**

Quelle: GFAW, Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie

Mit der am 6. September 2011 in Kraft getretenen Änderung der Weiterbildungsrichtlinie wird neben der bisherigen Projektförderung auch eine Förderung flexibler, eigenverantwortlicher Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für einzelne Beschäftigte angeboten: Der Thüringer Weiterbildungsscheck setzt dort an, wo ein konkreter Bedarf besteht. Außerdem wurde versucht, den Aufwand für die Antragsteller und die Bewilligungsbehörde (GFAW) möglichst gering zu halten.

Ebenfalls neu ist eine berufsbegleitende Förderung des Fernstudiums zum Master für sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, die bereits über einen Bachelor-Abschluss verfügen. Mit dem Instrument sollen sowohl die Chancen des Einzelnen beim unternehmensinternen Aufstieg als auch die für den Wirtschaftsstandort Thüringen wichtige Heranbildung von Führungskräften für den Mittelstand unterstützt werden.

Die Förderung hat unter anderem die Bereiche erneuerbare Energien sowie Energieeffizienz und Nachhaltigkeit im Blick. Eine gezielte Qualifizierung von Mitarbeitern soll in den Unternehmen zur Verminderung des Energie- und Materialverbrauchs führen. Orientierungsberatungen wurden mit potenziellen Partnern geführt. Die erarbeiteten Projektansätze sollen in einer Förderung münden. Dafür sind Projektbeschreibungen und die Einbindung der Qualifizierungsberater als Multiplikatoren notwendig.

Des Weiteren soll zur Verbesserung der Situation älterer Beschäftigter in den Unternehmen beigetragen werden. Dazu

wurde Ende 2011 ein Teilnahmewettbewerb gestartet, der im Frühjahr 2012 abgeschlossen sein wird. Das Wissen und die Expertise älterer Beschäftigter müssen in den Unternehmen künftig intensiver als bisher genutzt werden. Entsprechende Handlungsstrategien und Förderinstrumente sollen aus dem Teilnahmewettbewerb abgeleitet werden. Als ein Schwerpunkt zeichnet sich der Bereich des Gesundheitsmanagements ab.

Darüber hinaus soll die Thüringer Weiterbildungs- und Qualifizierungsinitiative Reserven an Fachkräften heben. Aufgrund eines Angebotsüberhangs qualifizierter Beschäftigter konnten in den vergangenen Jahren nicht alle Beschäftigten entsprechend ihrem formalen fachlichen Leistungsniveau tätig sein. Mittlerweile gilt es, diesen Beschäftigten den Anschluss an das derzeitige fachliche Anforderungsniveau zu ermöglichen. Wenn sie in höhere Funktionsstellen in den Unternehmen aufrücken könnten, würde sich die Möglichkeit ergeben, die freiwerdenden Stellen mit geringer Qualifizierten – u. a. aus der Arbeitslosigkeit heraus – zu besetzen („Paternosterprinzip“).

Dafür muss die Förderung künftig noch genauer auf die Zielgruppen (Beschäftigte, Personalverantwortliche) ausgerichtet werden. Es sollen Anreize und Anleitungen für einen umfassenden Wissenserwerb und -transfer – für ein gesamtes Berufsleben – geboten werden.

Die Weiterbildungsrichtlinie – insbesondere der Weiterbildungsscheck – ist von den Thüringer Akteuren der Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik sehr gut aufgenommen worden. Eine Weiter-

führung über das laufende OP hinaus wird angestrebt.

Im Rahmen der Initiative „Thüringen braucht Dich“ sollen über das Instrument der Nachqualifizierung Jugendliche und junge Erwachsene unter 35 Jahren einen anerkannten Berufsabschluss mittels Externenprüfung erwerben können oder zumindest qualifizierende Ausbildungsmodule absolvieren. Realisiert werden soll dies über eine Bündelung bisheriger Förderinstrumente des ESF (hauptsächlich der Weiterbildungsrichtlinie) und eine enge Verzahnung mit den Angeboten der Bundesagentur für Arbeit. Ziel ist es, durch die Qualifizierung das Risiko des Verlusts von Beschäftigung zu vermindern und bessere berufliche Perspektiven zu ermöglichen.

#### Entwicklungsansätze:

Das Thema „Fachkräftesicherung“ soll als eigenständiges Modul Eingang in die Weiterbildungsrichtlinie finden. In der Richtlinie soll die Möglichkeit der Förderung von Modellprojekten und Netzwerken, die im Rahmen der Umsetzung des Aktionsprogramms „Fachkräftesicherung und Qualifizierung“ zur Verbesserung der Weiterbildungsbeteiligung von Beschäftigten und zur Fachkräftesicherung beitragen, verankert werden.

Die Weiterbildungsrichtlinie wird – den Thüringer Weiterbildungsscheck betreffend – an die veränderten Förderkriterien der Bundesbildungsprämie angepasst. Die Förderkonditionen werden mit dem Ziel der Inanspruchnahme durch noch mehr Beschäftigte weiterentwickelt.



## 5.8 Förderung von Berufs- und Weiterbildungsmessen

Mit Berufs- und Weiterbildungsmessen soll auf die regionalen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten hingewiesen werden. Unternehmen, die für Aus- und Weiterbildung zuständigen Stellen sowie die Agenturen für Arbeit informieren Interessierte zu Aus- und Weiterbildungsangeboten und zum regionalen Fachkräftebedarf.

Wichtig ist vor allem das Thema „Berufsorientierung“. Eine Abbrecherquote von einem Viertel zeigt, dass viele Jugendliche vor Ausbildungsantritt ungenügende oder falsche Vorstellungen von ihrem Ausbildungsberuf hatten. Die Berufs- und Weiterbildungsmessen sollen den Jugendlichen Orientierungshilfe bei der

Berufswahl geben und sie auf die Ausbildung vorbereiten. Die Messen werden von den Kammern sowie – in Einzelfällen – von Wirtschaftsverbänden und Bildungseinrichtungen durchgeführt. Bei der Organisation und Durchführung einer Messe können bis zu 60 % der Miet- und Sachausgaben, max. 7.700 Euro, gefördert werden. Bei Erstellung, Druck und Verbreitung von Informationsmaterial kann die Förderung bis zu 70 %, max. 12.800 Euro, betragen.

Nachdem 2011 keine Haushaltsmittel für die Messförderung zur Verfügung standen, sind 2012 im Haushaltsplan 50.000 Euro für Messen eingestellt wor-

den. Die derzeitige Richtlinie ist bis zum 31. Dezember 2012 befristet. Eine Fortsetzung der Messförderung wäre ein wichtiger Bestandteil des Berufsorientierungskonzeptes und einer bedarfsge-rechten Weiterbildung. Sie hängt allerdings von der Verfügbarkeit weiterer Haushaltsmittel ab.

### Entwicklungsansätze:

- › Wegfall der Förderung von Informationsmaterial
- › Beschränkung der Förderung auf eine Unterstützung der Organisation und Durchführung von Berufsorientierungsmessen

## 5.9 Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung – ThAFF



Vor dem Hintergrund der Entwicklungen im Spannungsfeld zwischen demographischem Wandel und prognostiziertem Fachkräftebedarf muss es den Verantwortlichen in Thüringen gelingen, die bestehenden Fachkräftepotenziale möglichst weitgehend zu aktivieren. Qualifizierte Fachkräfte sind zwingend notwendig für eine positive Entwicklung der Thüringer Wirtschaft.

Ein wichtiges Instrument zur Fachkräftesicherung in Thüringen ist die am 1. April 2011 eingerichtete „Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung“ (ThAFF). Deren Budget stammt zu 75 % aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und zu 25 % aus nationalen Komplementärmitteln.

Die ThAFF hat die Aufgabe, die Thüringer Wirtschaft zu unterstützen, Fachkräfte in Thüringen zu halten bzw. für den Thüringer Arbeitsmarkt (zurück) zu gewinnen. Dabei gilt es, das Image Thüringens als attraktiver Arbeits- und Lebensstandort mit Zukunft inner- und außerhalb des Freistaates aufzubauen und zu stärken. Zielgruppen der Maßnahmen sind Schüler und Auszubildende, Studenten und Hochschulabsolventen, Auspendler, potenzielle Rückkehrer und Zuwanderer sowie Zeitsoldaten. Besondere Aufmerksamkeit wird auf diejenigen potenziellen Arbeitskräfte gerichtet, die schon eine gewisse Bindung an Thüringen haben – z. B. durch Familie und Freundschaften – bzw. die in Thüringen geboren und aufgewachsen sind oder hier ihre Ausbildung absolviert haben. Die ThAFF beteiligte sich im Jahr 2011 an über 100 Veranstaltungen in und außerhalb Thüringens. Sie präsentierte sich beispielsweise auf allen Firmenkontaktmessen der Thüringer Hochschulen und Berufsakademien, organisierte gemeinsame Standort- und

Thementage mit Wirtschaftsinitiativen und Unternehmen und absolvierte eine Recruiting-Tour an Universitäten und in Einkaufszentren in Hannover, Bochum, Dortmund, Nürnberg, Stuttgart, Würzburg und Berlin.

Neben diesen Aktivitäten ist die ThAFF bestrebt, mit allen relevanten Arbeitsmarktakteuren in Thüringen zu kooperieren. Synergien sollen genutzt und das fachkräftebezogene Standortmarketing in Thüringen soll auf vielfältigen Kanälen vorangetrieben werden. Höhepunkt des Jahres 2011 war die erste Thüringer Firmenkontaktmesse academix-Thüringen. Unter der Schirmherrschaft von Minister Machnig präsentierten sich am 14. Dezember 2011 auf der Messe Erfurt 90 Thüringer Unternehmen über 2.200 Besuchern und stellten die Beschäftigungschancen in ihren Unternehmen vor.

Um die Job- und Karrierechancen in Thüringen sichtbar zu machen, setzt die ThAFF auf einen umfassenden Internetauftritt. Die Thüringer Stellenbörse der ThAFF, die Praktikumsplätze, Abschlussarbeiten, Ausbildungs- und Arbeitsplätze in Thüringer Unternehmen anbietet, umfasste zum Jahresende mehr als 1.600 Stellenangebote. Insgesamt wurde auf die Website der ThAFF im Jahr 2011 knapp eine Million Mal zugegriffen.

Für Unternehmen bietet die ThAFF nicht nur eine Plattform zur Veröffentlichung von Stellenangeboten an, sondern führt zusammen mit Partnern aus dem Freistaat Informationsveranstaltungen und Beratungen zu verschiedenen Themen der Fachkräftesicherung – z. B. der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder der altersgerechten Gestaltung des Arbeitsumfeldes – durch. Außerdem infor-

miert die ThAFF interessierte Fachkräfte über Möglichkeiten und Entwicklungen auf dem Thüringer Arbeitsmarkt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ThAFF unterstützen Fachkräfte während der Bewerbungsphase durch Berufs- und Karriereberatungen sowie Bewerbungsmappenchecks und Bewerbertrainings. In Zusammenarbeit mit externen Kooperationspartnern werden Berufsrückkehrer zu den Themen Weiterbildung und Qualifizierung im Freistaat beraten.

### Entwicklungsansätze:

Fachkräftesicherung ist eine Aufgabe, für die es keine vorgefertigten und in jedem Fall erfolgversprechenden Masterpläne gibt. Fachkräfte sind flexibel und mobil in ihren Standortentscheidungen. Aus diesem Grund kann die ThAFF kein statisches Instrument sein, sondern sie muss ihre Maßnahmen stetig an neue Situationen und Herausforderungen anpassen.

Um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ThAFF dabei zu unterstützen, wird zwischen März und November 2012 eine begleitende und aktivierende Evaluierung der ThAFF durchgeführt. Die Ergebnisse sollen die Grundlage für einen fortlaufenden Anpassungs- und Lernprozess der ThAFF sein.



## 5.10 Fazit integrative Arbeitsmarktpolitik

In Anbetracht der Veränderungen am Arbeitsmarkt und der deutlich gesunkenen Bewerberzahlen für Ausbildungsplätze sowie im Ergebnis der Halbzeitevaluierung des ESF in Thüringen sind bereits wichtige Anpassungen der Richtlinien für die Arbeitsmarkt- und Berufsbildungsförderung vorgenommen worden, die in den vorgenannten „Entwicklungsansätzen“ der einzelnen Förderprogramme dargestellt worden sind. Weitere Änderungen befinden sich im konkreten Abstimmungsprozess.

Wichtig für die Fortentwicklung aller Richtlinien des TMWAT sind eine höhere Transparenz der Förderung, eine Entbürokratisierung und die Vereinfachung des Antrags- und Abrechnungsverfahrens.

Die vorgenommenen Änderungen wurden mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern sowie anderen Ressorts diskutiert und abgestimmt. Die EU-Kommission hat den Anpassungen des Operationellen Programms des ESF 2007–2013 bereits zugestimmt.

### (1) Integration

Um das Ziel einer nachhaltigen beruflichen Integration von Arbeitslosen und weiteren Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik zu ermöglichen, ist es notwendig, dass die Förderinstrumente zur sozialen und beruflichen Integration künftig stärker aufeinander aufbauende und abgestimmte Fördermöglichkeiten – „Förderketten“ im positiven Sinne – anbieten.

Dabei soll eine weitere Vernetzung der geförderten Projekte und Angebote mit bestehenden Angeboten in der Region – im Sinne von sozialintegrativen Netzwerken und lokalen Beschäftigungsiniti-

ativen – erfolgen. Über diese Vernetzung sollen Synergien genutzt, die Effizienz der Angebote gesteigert und Doppelstrukturen vermieden werden.

Die Nachhaltigkeit der Förderung ist dabei weiter zu erhöhen, und Mitnahmeeffekte sind möglichst zu minimieren. Das kann über eine angemessene Eigenbeteiligung der Arbeitgeber und über die Bindung der Förderung an eine qualifizierende Wirkung unterstützt werden. Im gewerblichen Bereich könnte künftig vor der Gewährung einer Förderung auf unbefristete Arbeitsverträge abgestellt werden.

Über Fördermöglichkeiten des Landes soll keine prekäre Beschäftigung unterstützt werden. Unter Berücksichtigung tariflicher Bestimmungen und der Vorgaben des Arbeitnehmerentsendegesetzes ist ein Stundenlohn von mindestens 8,33 Euro bei der Gewährung von Lohnkostenzuschüssen eine Fördervoraussetzung.

Die neue Lohnkostenzuschuss-Richtlinie und die neue Integrationsrichtlinie werden unter diesen Voraussetzungen die tragenden Säulen für die Fortführung des Programms „Arbeit für Thüringen und Zukunft Familie“ sein.

Ein weiterer Ansatz der ESF-Förderung wird die Gestaltung transnationaler Projekte sein. Transnationale und interregionale Projekte zielen auf Angebote zur Unterstützung von Kooperationen zur Steigerung der beruflichen Mobilität, auf den Austausch von Erfahrungen sowie auf eine Verknüpfung Thüringens mit anderen europäischen Regionen ab und sind deshalb ein wichtiger Bestandteil zur Umsetzung des Operationellen Programms des ESF in Thüringen.

### (2) Qualifikation

Mit der Umsetzung des zusammen mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern im Wirtschafts- und Innovationsrat erarbeiteten Aktionsprogramms „Fachkräftesicherung und Qualifizierung“ wurde das Förderangebot im Bereich Berufliche Bildung bereits deutlich weiterentwickelt. Zahlreiche Maßnahmen wurden eingeführt (z. B. Weiterbildungsschecks eingeführt, das berufsbegleitende Masterstudium förderfähig gemacht). Dazu sind Richtlinienanpassungen notwendig gewesen. Die im Zuge der Halbzeitevaluierung des Operationellen Programms der ESF vorgelegten Empfehlungen wurden bei den Anpassungen und Neujustierungen umgesetzt. Folgende Schwerpunkte werden nun gesetzt:

- › Leistungsschwächere und benachteiligte Jugendliche werden von der Schule „abgeholt“ und während der Ausbildung begleitet (beispielsweise über das „nullte Ausbildungsjahr/EQ“ und Mentoren der Ausbildungsverbünde).
- › Die duale Ausbildung und ihre Qualität bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) werden gestärkt (beispielsweise durch eine Weiterentwicklung der Ausbildungsverbünde, durch eine Unterstützung von modernen überbetrieblichen Ausbildungsstätten und über Nachqualifizierungen von jungen Menschen ohne Berufsabschluss).
- › Die Herausforderungen des demographischen Wandels werden als Chance wahrgenommen (beispielsweise über eine passgenaue Entwicklung einer Förderkulisse für den Themenkomplex „Fachkräftesicherung“ und über Aktivitäten zur Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer im Rahmen der Weiterbildungsrichtlinie).



Außerdem ist geplant, über eine Thüringer Weiterbildungs- und Qualifizierungsinitiative die weiterentwickelte Förderkulisse – begleitet durch eine „Kampagne“ – zur breiten Anwendung zu bringen (Anfang 2012). Hierzu sollen die bestehenden bzw. weiterentwickelten Förderrichtlinien genutzt und in einer gemeinsamen Initiative mit der Wirtschaft und den Sozialpartnern, der Arbeitsverwaltung sowie weiteren Akteuren auf die Weiterbildung von Beschäftigten

der Unternehmen (Nutzung endogener Potenziale für die Fachkräftesicherung) konzentriert werden.

Durch die Anpassungsqualifizierung von Beschäftigten, die zu Zeiten des Übergangs an Arbeitskräften unterwertige Tätigkeiten angenommen hatten, und durch eine individuell weiterführende Personalentwicklung können Arbeitnehmer für höherwertige Arbeitsplätze qualifiziert werden, so dass die frei werden-

den Arbeitsplätze mit geringer qualifizierten Langzeitarbeitslosen besetzt werden können. Als Förderinstrument dieser Anpassungsqualifizierung bietet sich die Weiterbildungsrichtlinie an. Die Förderung über die Richtlinien zur beruflichen Integration und für Einstellungszuschüsse kann dann parallel die Hinführung geeigneter Personen aus der Arbeitslosigkeit in neu erschlossene und in frei werdende Tätigkeitsfelder unterstützen.

## Thüringer Weiterbildungs- und Qualifizierungsinitiative

Benachteiligte junge Menschen ohne oder mit eingeschränkter Ausbildungsreife

Praxisorientierte Berufsvorbereitung (z. B. nulltes Lehrjahr)

Junge Menschen, Beschäftigte oder Arbeitsuchende ohne Berufsabschluss

Initiative und Kampagne „Thüringen braucht Dich“

Weiterbildungsinitiative nach dem Paternostermotiv

Zielgruppe: erfahrene Arbeitnehmer in Unternehmen

Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer

Ältere Arbeitnehmer und ältere Arbeitslose

**Kooperationspartner:** Regional Direktion Sachsen Anhalt-Thüringen, IHKs, HWKs, TMBWK, VWT, Gewerkschaften, Unternehmen

Abbildung 12: Übersicht Aktionsprogramm Fachkräftesicherung und Qualifizierung

## Fazit und weiteres Vorgehen

- › Die Weiterentwicklung des Förderinstrumentariums des TMWAT muss in zwei Arbeitsschritten erfolgen. Zunächst sollen die bestehenden Förderprogramme – soweit noch nicht geschehen – optimiert und an die Handlungserfordernisse bis zum Ende der aktuellen Strukturfondsförderperiode angepasst werden. In einem zweiten Schritt sollen Empfehlungen für die Ausrichtung der Förderung in der neuen Förderperiode und Vorschläge für die konkrete Ausgestaltung der dafür notwendigen Instrumente erarbeitet werden. Mit der hier vorgelegten Zusammenstellung der vom TMWAT angebotenen Förderinstrumente wird eine Diskussionsgrundlage für beide Arbeitsschritte geliefert.
- › Gegenwärtig geht es um die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für eine Novellierung der aktuellen Förderprogramme. Die Förderinstrumente müssen sowohl an veränderte Rahmenbedingungen als auch an aktuelle wirtschaftspolitische Vorgaben angepasst werden. Zudem gilt es, die Instrumente besser als bisher aufeinander abzustimmen und Überschneidungen und Förderkonkurrenzen (auch mit Bundesprogrammen) – soweit wie möglich – zu vermeiden. Ziel muss sein, Vorschläge für ein wirkungsvolles und transparentes Förderinstrumentarium des TMWAT zu unterbreiten. Die Vorschläge sollten zudem so durchdacht sein, dass das Förderangebot bis zum Ende der Förderperiode nicht einer neuerlichen Revision unterzogen werden muss und den Förderadressaten insofern Planungssicherheit gewährt werden kann.
- › Wenngleich die im ersten Arbeitsschritt vorgenommenen Überlegungen eine wichtige Grundlage für eine Diskussion um die Neustrukturierung des Förderinstrumentariums in der 2014 beginnenden Förderperiode bilden werden, können konkrete Vorschläge für Fördermaßnahmen in der neuen Förderperiode erst dann erarbeitet werden, wenn über die dafür vorgesehenen Rahmenbedingungen Klarheit besteht.



## Herausgeber

Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
Max-Reger-Straße 4–8  
99096 Erfurt  
[oeffentlichkeitsarbeit@tmwat.thueringen.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@tmwat.thueringen.de)  
[www.thueringer-wirtschaftsministerium.de](http://www.thueringer-wirtschaftsministerium.de)  
[www.das-ist-thueringen.de](http://www.das-ist-thueringen.de)

Redaktion: Herr Becher und Herr Dr. Meder, Referat Grundsatzfragen der regionalen Strukturpolitik  
Gestaltung: KNSK Werbeagentur GmbH, An der Alster 1, 20099 Hamburg  
Bildnachweise: S. 3 TMWAT, S. 9, 13, 23, 49, 54 Getty Images, S. 27 Wagner Produktion  
für Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen mbH (LEG Thüringen), S. 32 TTG, S. 39 Corbis  
Die Arbeiten an der Studie wurden am 31.12.2011 beendet. Daten, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht zur Verfügung standen, konnten somit nicht berücksichtigt werden.